Nr. 11. 10. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß Amt I, Nr. 4186.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 13. Januar 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Zur preußischen Schulvorlage.

In dem Lande der Schulen und Kasernen tritt mit der Entwickelung des Militarismus das Schulwesen immer mehr in den Hintergrund. Die Vertheidiger des Militarismus sehen in den Schulen überhaupt nur eine Art nothwendigen Uebels, das man nichts weniger als fördern soll. Die Regierungsvorlage verlangt vom 1. April 1895 an zu Beihilfen an Schulverbände wegen Unvermögens für die Verbesserung des Diensteinkommens der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen jährlich drei Millionen Mark. Die Lage der Lehrer in Preußen und besonders in den Ostprovinzen, in denen unter der Herrschaft der agrarischen Junker „Gottesfurcht und fromme Sitte" besonders gepflegt werden, ist eine so erbärmliche, wie in keinem anderen deutschen Staate. Von den 71 000 Volksschullehrern in Preußen beziehen 10 619 ein Gehalt von unter 750 Mark, und man geht nicht fehl, wenn man den weitaus überwiegenden Theil dieser Lehrer in den rechtselbischen Landestheilen sucht. Auf dem Lande haben 20 pCt. der Lehrer unter 750 Mark Einkommen, und unter ihnen befindet sich die Hälfte schon über 10 Jahre im Amt. Dabei sind die einzelnen Schulklassen, etwa 20 000, überfüllt und zählen 100 bis 140 Schüler. Hier zieht die Regierung nicht den Vergleich mit anderen Staaten. In Frankreich kommt auf 46, in Preußen auf 70 Schüler ein Lehrer. Aber was kommt es darauf an, wenn Frankreich und andere Kulturstaaten uns im Schulwesen vorangehen, wie in allen anderen Kulturforderungen? Uns genügt, wenn wir nur mehr Soldaten, und vor allem mehr Unteroffiziere und mehr Offiziere haben. Wenn wir nur schneidig sind!

Gegen die so bescheidene Forderung des Kultusministers erhob sich denn auch mit aller junkerlichen Schneidigkeit der Freiherr v. Minnigerode-Rossitten. Drei Mal habe man bereits die Lehrergehälter aufgebessert — ja, so weit aufgebessert, daß viele Lehrer noch mit 1 M. bis 1,20 M. pro Tag dotirt sind —, der Staat solle die Schulen den Gemeinden überlassen und wenn er diese unterstützen wolle, so möge er ihnen wohl Steuern überweisen, aber ihnen die Art der Verwendung selber überlassen.

Man kann Herrn von Minnigerode eigentlich nicht unrecht geben. Er vertritt die Herzensmeinung des preußischen Junkers, und diese ist die herrschende in Preußen, ja im Reiche geworden, wo sie nicht vor der verwandten Herrschaft der Industrie- und Finanzkönige à la Krupp und Stumm in den Hintergrund tritt.

Man stellt Lehrer an und bezahlt sie, aber zu welchem Zwecke? Was braucht der Instknecht und Scharwerker zu wissen? Er braucht etwas Gottesfurcht, Demuth und Gehorsam, und wenn er einhundert Sprüche und Kirchenlieder und den Katechismus hersagen und allenfalls ein Gesangbuch buchstabiren kann, dann hat er schon mehr als zu viel gelernt. Was darüber, das ist vom Uebel. Und um die Jungen bis zum 14. Jahre unter der Fuchtel zu halten und in „Gottesfurcht" zu erziehen — nach dem 14. Jahre übernimmt der Stock des junkerlichen Gutsherrn die weitere Erziehung — braucht man doch gewiß keine „Lehrer" besonders gut zu bezahlen. Der Geist der Stiehl'schen Regulative beherrscht auch noch heute die Volksschule. Hiernach soll das Streben der höheren Schulen vorwiegend auf der Bildung des Verstandes, das der Volksschule auf der Bildung des Gemüths beruhen. In jener ist der zukünftige Herr, in dieser der Knecht zu erziehen. Er hat in seinem Gemüthe das Christenthum aufzunehmen, das ihn lehrt, wenn ihm der Herr auf die rechte Seite einen Backenstreich giebt, auch gleich die linke Backe hinzuhalten, während der zukünftige Lieutenant, und wäre es auch der Sohn des frömmsten Konsistorialraths, die Schneidigkeit erlangen muß, die ihn jeder Zeit bereit sein läßt, zur Pistole zu greifen, wenn ihn jemand schief ansieht, es sei denn, es wäre ein Höherer, dem gegenüber er das verbindlichste Lächeln zu bewahren hat, selbst wenn ihm dieser auf die Hühneraugen tritt.

Herrn v. Minnigerode können wir keinen Vorwurf machen wegen seiner Anschauung, wohl aber dem „liberalen" Bürgerthum, das geholfen hat, seine Anschauung zur herrschenden zu machen. Und der „Freisinn", wie verhält er sich zu der einschneidendsten Kulturfrage? Wie er bei Berathung des Volksschulgesetzes die konfessionelle Volksschule anerkannte, so begnügte er sich damit, daß sein Vertreter Herr Knörcke im Abgeordnetenhause damit drohte, daß die Lehrer sich der Sozialdemokratie zuwenden möchten. Das ist für uns so selbstverständlich wie irgend was, daß die herrschenden Klassen mit dem Willen auch die Fähigkeit verloren haben, eine Kulturaufgabe zu erfüllen, und daß die ganze Hoffnung auf Verwirklichung einer solchen einzig bei der Sozialdemokratie ruht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Januar.

Aus dem Reichstag. Die Ankündigung der Nothstands-Interpellation hat zwar die Galerien des Reichstags gefüllt, die Abgeordnetenplätze aber mit Ausnahme der äußersten Linken blieben die erste Stunde fast leer. Die Interpellation selbst begründete Liebknecht in längerer Rede, wobei er von dem Gesichtspunkt ausging, daß weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung notorisch unter einem schweren Nothstande leiden. Der Redner ging dann auf die besonderen und die allgemeinen Ursachen dieses Zustandes ein; er zeigte wie unter dem System des Privateigenthums an Arbeitsmitteln und der schrankenlosen Konkurrenz die Perioden der wirthschaftlichen Krisen immer kürzer aufeinanderfolgen müßten und der wirthschaftliche Nothstand der arbeitenden Massen sich zum Dauerzustande ausgestalte. Liebknecht streifte die Vorgänge im Saarrevier, welche gleichbedeutend seien mit dem Schiffbruch der vielgepriesenen Sozialreform und schloß dann nach ca. einstündiger trefflicher Rede mit der Erklärung: Welche Antwort auch die Regierung auf die Interpellation giebt, in ihr wird das Verdammungsurtheil über die bisherige deutsche Wirthschaftspolitik enthalten sein.

Zur Beantwortung der Interpellation erhob sich der Staatssekretär von Bötticher. Nach ihm ist der in düsteren Farben geschilderte Nothstand nur ein Phantasiegebilde. Aus dem Umstande, daß die Kommunen sich noch nicht mit Hilfgesuchene an die Regierungen gewendet haben, zieht Bötticher den Schluß, daß es überhaupt keinen Nothstand giebt. Angeblich beweisen dies auch die sogenannten Arbeitslosen-Versammlungen, welche sich, anstatt mit der Frage der Abhilfe des behaupteten Nothstandes, mit Politik befaßten. „Der einzige praktische Vorschlag, der in einer Berliner Arbeitslosen-Versammlung gemacht worden sei, eine Deputation an den Minister für öffentliche Arbeiten zu senden, sei abgelehnt worden." Nun, dem kann abgeholfen werden. Die Arbeiter werden den „praktischen Vorschlag" des Herrn von Bötticher vielleicht aufnehmen, und dann werden wir ja sehen, was dabei herauskommt.

Nach Herrn von Bötticher ergeben die Berichte über die Lage der einzelnen Industrien kein ungünstiges Bild, und daß kein Nothstand herrsche, das beweise auch das Wachsen der — Sparkasseneinlagen im letzten Jahre. Der Streik im Saarrevier ist nach Bötticher das Werk von gewissenlosen Provokatoren, welche die Arbeiter zum „Rechtsbruch und zur Auflehnung gegen die Staatsgesetze" verführt haben.

Dieses Kapitel von den „Hetzern" und „Streikbrüdern" spann dann Herr von Stumm weiter. Nebenher hielt der Selbstherrscher über Neunkirchen noch eine Vorlesung über die sozialdemokratischen Grundsätze, welche nach ihm nichts weiter als eitel Schwindel sind. Seine sozialpolitische Weisheit für heute hatte Stumm aus dem letzthin erschienenen Buche des Professors Wolf in Zürich entnommen, und aus Dankbarkeit dafür verlangte er eine Professur in Deutschland für diesen Herrn. Daß die Presse und speziell die sozialdemokratische Presse den Fall Baare nicht todtgeschwiegen hat, ist nach Stumm ein Verbrechen an der deutschen Industrie. Daß der Bergarbeiter-Streik das Werk der Sozialdemokraten und daß der Rechtsschutzverein eine durchaus sozialdemokratische Organisation ist, steht nach Stumm fest. Daß diese Organisation bisher geduldet wurde, macht Redner der Regierung zum bitteren Vorwurf. Ueberhaupt gefällt ihm an der Regierung manches nicht. Rücksichtslose Repression gegen jede Arbeiterorganisation und zu diesem Behufe Wiedereinführung des Sozialistengesetzes, das bleibt das A und O der Stumm'schen Sozialpolitik. Nach Stumm vermochte der Handelsminister von Berlepsch in längeren Ausführungen darzuthun, daß die Bergverwaltung an dem Ausstande im Saarrevier gar keine Schuld treffe und daß es nur der unbegreiflichen Leichtsinn der Bergarbeiter und deren Leichtgläubigkeit

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [3

Haus Nuzingen.

Soziale Studie von H. de Balzac.

Deutsch von Curt Baake.

„So hört!" rief Blondet. „Das Gedeihen des Hauses Nuzingen ist eins der außerordentlichsten Phänome unserer Zeit. Im Jahre 1804 wußte man von Nuzingen noch so gut wie nichts. Die Bankiers hätten damals gezittert, wenn sie Wechsel von ihm im Betrage von hunderttausend Thalern auf dem Platze gewußt hätten.

Unser großer Finanzmann empfand bitter, wie unbedeutend er war. Wie sollte er sich bekannt machen? Er stellt seine Zahlungen ein.

Schön! Sein Name, den man bisher nur in Straßburg und hier im Faubourg Poissonière kannte, hallt mit einem Schlage auf allen Plätzen wieder.

Er löst seine Verbindlichkeiten mit todten Werthen (werthlosen Aktien) ein und nimmt seine Zahlungen wieder auf. Sein Papier läuft jetzt durch ganz Frankreich. Er hat unerhörtes Glück; die todten Werthe leben wieder auf, finden bereitwillig Aufnahme und werfen Dividenden ab. Nuzingen'sche Aktien sind sehr gesucht.

Das Jahr 1815 kommt. Mein Junge macht alles Kapital flüssig, kauft Aktien vor der Schlacht von Waterloo, stellt im Augenblick der Krisis seine Zahlungen ein, und begleicht alle Forderungen mit den berühmten Wortschiner Bergwerksaktien, die er mit zwanzig Prozent unter dem Kurse, zu dem er sie selbst aufgelegt, gekauft hatte. Die reine Wahrheit, meine Herren!

Er deckt sich bei Grandet mit hunderkundfünfzigtausend Flaschen Champagner, weil er die Pleite des tugendhaften Vaters des jetzigen Grafen d'Aubrion voraussah; ebenso macht er's bei Duberghe mit Bordeauxweinen. Diese dreihunderttausend Flaschen Wein, die er zu dreißig Sous*), ja Freunde, zu dreißig Sous das Stück in Zahlung genommen, giebt er den Alliirten im Palais Royal zu sechs Franks das Stück zu trinken, und sie vertilgen sie in den Jahren 1817—1819 gründlich.

Die Wechsel des Hauses Nuzingen und sein Name gewinnen europäische Berühmtheit. Aus dem Abgrund, der Andere verschlungen hätte, steigt der große Baron in die Höhe.

Zwei Mal hat er liquidirt, und beide Male heimsen seine Gläubiger hohen Gewinn daraus ein. Er wollte sie hineinpacken, und es schlug anders aus. Er gilt für den ehrlichsten Mann der Welt. Bei seiner dritten Zahlungseinstellung wird man sich in Asien, Mexiko, Australien, werden sich die Wilden um die Wechsel des Hauses Nuzingen reißen.

Ouvrard ist der Einzige, der diesen Elsasser, den Sohn irgend eines Juden, der sich aus Ehrgeiz taufen lassen, ganz verstanden hat. — Wenn Nuzingen sein Gold fortwirft, könnt Ihr sicher sein, daß er Diamanten aufhebt, sagte er einmal von ihm."

„Sein Helfershelfer Du Tillet ist seiner würdig", meinte Finot. „Kein Mensch weiß, hinter welchem Zaun er geboren ist. 1814 besaß der Bursche nicht einen rothen Heller, und seht ihn Euch einmal heute an. Und dabei hat er sich, was keinem von uns geglückt ist (von Dir, Couture, rede ich nicht) nur Freunde und keine Feinde erworben. Seine Vorgeschichte hat er in völliges Dunkel gehüllt, mit Noth und Mühe hat man gerade herausbekommen, daß er kurz nach dem Jahre 1814 als Kommis in einem Parfumeriewaarengeschäft in der Rue Saint-Honoré hinter dem Ladentisch gestanden."

„Papperlapapp!" meinte Bixiou. „Wie könnt Ihr nur einen kleinen Bauernfänger, wie den Du Tillet, mit Nuzingen vergleichen! Ein Schakal ist er, nicht mehr, der eine feine Nase hat, Leichname wittert und zuerst auf der Stelle ist, um den besten Knochen zu erwischen. Ihr braucht die beiden Männer ja nur anzusehen! Der eine hat ein ausgeprägtes Katzengesicht, er ist mager und geschmeidig. Der andere gleicht einem Klotz; er ist dick, schwerfällig wie ein Sack und unerschütterlich ruhig wie ein Diplomat; seine Hand ist fett, und sein kaltes Luchsauge wird nie um einen Ton wärmer; nichts liegt bei ihm auf der Oberfläche, alles ist tief; er ist undurchdringlich, nie merkt man seine Absichten. Du Tillet's Scharfsinn aber gleicht, wie Napoleon einmal, ich weiß nicht von wem, sagt, zu dünnem Baumwollenfaden: er reißt."

„In meinen Augen ist Nuzingen seinem Gesellen Du Tillet nur durch seinen guten Geschmack überlegen: er fühlt instinktiv, daß ein Finanzmann nur Baron heißen darf. Du Tillet aber will sich in Italien einen Grafentitel kaufen."

„Aber, Blondet! Junge! Was redest Du da," rief Couture. „Ein Wort widerlegt Dich! Nuzingen war kühn genug zu erklären, es gäbe nur den Anschein des ehrlichen Mannes. Man muß mitten im Geschäft stehen, wenn man Nuzingen würdigen will. Das Bankgeschäft ist nur eine kleine Abtheilung seiner Unternehmungen: er hat alle

*) 1,20 Mark.

gegenüber dem Vorstande des Rechtsschutzvereins alles Unheil verschuldet habe. Die Stummschen Brutalitäten lehnte der Minister ab. Er wiederholte aber die bekannten Drohungen gegen die Streikenden und schloß mit der mehr pathetischen wie wirksamen Erklärung: verbrecherischen Hetzern wird nicht nachgegeben. — Vom Zentrum sprach Herr von Pfetten um zu erklären, daß es allerdings einen Nothstand in Deutschland giebt, nämlich unter den — Großgrundbesitzern. Die Debatte wird morgen fortgesetzt. —

Zum Bergmannsstreik. Die sozialpolitische Weisheit der Behörden hat den Streik nicht verhindern können, noch weniger aber versteht sie den Konflikt beizulegen und einen Frieden herbeizuführen. Der Ober-Berghauptmann Freund empfing zwar die vom Rechtsschutzverein und dem Streikkomitee gewählte Deputation, verweigerte jedoch, sich mit ihr in Verhandlungen einzulassen. Er fragte die zu Deputirten gewählten Bergleute, ob sie wüßten, daß der Vorstand des Rechtsschutzvereins aus Sozialdemokraten bestände. Zwei Deputirte schwiegen, und der dritte erklärte, daß er für seine Person kein Sozialdemokrat sei. Der Ober-Berghauptmann betonte auf das entschiedenste, es solle und könne unter keinen Umständen geduldet werden, daß die Belegschaften der königlichen Gruben von Sozialdemokraten kommandirt würden. Mit dem Vorstand des Rechtsschutzvereins und dem von demselben bestellten Streikkomitee werde nicht verhandelt. — Hiernach scheint der Ober-Berghauptmann ganz auf dem Standpunkte der kapitalistischen Grubenbesitzer zu stehen, die auch jeden Arbeiter, der irgend welche Forderung gegen sie vertritt, sofort zum Sozialdemokraten stempeln. Er will nicht dulden, daß die königlichen Gruben von Sozialdemokraten kommandirt würden; er scheint aber weniger Bedenken davor zu haben, den König Stumm als Oberherrn auch für die königlichen Gruben anzuerkennen.

Der Protzenhochmuth der Grubenbesitzer geht bereits so weit, zu verlangen, daß alle Wortführer der Bergleute ohne weiteres verhaftet werden und bis zur Beendigung des Streiks in Haft gehalten werden müßten. Das sei zwar ungesetzlich, aber nach Niederwerfung der Bergleute werde gewiß Indemnität ertheilt werden. —

Es scheint fast, als ob dieses Verlangen Anklang findet; die gestrigen Verhaftungen in Gelsenkirchen, sowie die heutige Verhaftung von Bunte und anderen Bergleuten in Dortmund, die uns telegraphisch gemeldet werden, würden einer solchen Annahme wenigstens eine gewisse Wahrscheinlichkeit geben. —

Der Bundesrath hat in seiner heutigen unter dem Vorsitze des Staatssekretärs des Innern, Vizepräsidenten des Staatsministeriums v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung den Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen, betreffend das Pfandrecht für die von Bodenkredit-Gesellschaften ausgegebenen Schuldverschreibungen, den Ausschüssen für Justizwesen und für Elsaß-Lothringen überwiesen. Der Gesetzentwurf über die Abminderung der Maaß- und Gewichtsordnung wird dem Ausschusse für Handel und Verkehr überwiesen, der Gesetzentwurf wegen Feststellung des Landes-Haushaltsetats von Elsaß-Lothringen den Ausschüssen für Rechnungswesen und für Elsaß-Lothringen. Dem Ausschußberichte über den Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen, betreffend die Gewerbesteuer-Einschätzung, wurde zugestimmt. —

In der Militärkommission hielt Herr v. Caprivi eine längere Rede, die auch auf das politische Gebiet übergriff. Die vorliegenden Mittheilungen über den Inhalt sind so auffallend, daß sie allgemein Staunen erregen. Kann der deutsche Reichskanzler z. B. von dem Dreibund so geringschätzig oder wenigstens so pessimistisch gesprochen haben, wie ihm in den Mund gelegt wird? Daß eine Regierung, die „mehr Soldaten" will, grau in grau malt, ist ja sehr natürlich — und macht auch keinen Eindruck —, aber daß sie in ihrer Schwarzfärberei so weit geht, die eigenen Bundesgenossen zu Nullen zu stempeln, das scheint uns doch sehr unpolitisch. —

Der preußische Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1893/94 ist nunmehr dem Abgeordnetenhause zugegangen. In dem Etat werden die ordentlichen Einnahmen auf 1 835 497 460 M., die Ausgaben im Ordinarium auf 1 844 803 255 M., im Extra-Ordinarium auf 49 294 205 M., zusammen also auf 1 894 097 460 M., mithin die Ausgaben um 58 600 000 M. höher als die Einnahmen veranschlagt. Dieser Fehlbetrag soll durch Aufnahme einer Anleihe gedeckt werden; der Betrag der letzteren ist in den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung als außerordentliche Einnahme eingestellt worden.

Eine prachtvolle Finanzwirthschaft; decken die Einnahmen nicht die Ausgaben, so pumpt man, und das Defizit ist verschwunden. Dabei werden im Staat und im Reich immer neue Steuern ersonnen, die Reichs- und die Staatsschulden wachsen von Jahr zu Jahr, und damit auch die Lasten der Verzinsung. Wie lange wird es noch so währen können? —

Die Reichstags-Ersatzwahl für Liegnitz-Haynau-Goldberg ist auf den 20. Februar anberaumt. —

Dem Verdienste seine Krone. Der schwungvolle Artikel für die Militärvorlage, den der freikonservative Abgeordnete Gehlert in der „Post" veröffentlichte, hat, wie er sich in demselben Blatt mittheilen beeilt, seine besondere Anerkennung durch ein huldvolles Telegramm des Kaisers an Herrn Gehlert gefunden. Möge dasselbe ihn bei der sichern Niederlage, die ihm seine Wähler bei der nächsten Reichstagswahl bereiten werden, trösten. —

Schneidigkeit dem Ausland gegenüber vermissen die Münchener „Neuesten Nachrichten" bei der deutschen Regierung. Natürlich verlangen sie diese Schneidigkeit nur, wo es sich um Bourgeoisinteressen handelt. Bei den chilenischen Unruhen ist einem deutschen Apotheker in Valparaiso eine Apotheke zerstört und wird der Schaden auf 20 000 Doll. (80 000 M.) geschätzt. Um diesem Apotheker zu dem Gelde zu verhelfen, hätte womöglich das Deutsche Reich ein paar Kriegsschiffe nach Chile senden und ein paar Häfen und Hafenstädte blockiren und bombardiren sollen! —

Das neue preußische Wahlgesetz ist dazu bestimmt, das „elendeste" aller Wahlgesetze zu konserviren; die Begründung der Vorlage brauchte nicht besonders hervorzuheben, daß in derselben „auf große reformatorische Gesichtspunkte" verzichtet werde. Wer wird sie auch noch von der gegenwärtigen Regierung erwarten? —

Von einer nationalliberalen Verstimmung in Braunschweig berichtet die „Börsen-Zeitung". Im ganzen Lande soll die stete Abwesenheit des Regenten, Prinz Albrecht von Preußen, sehr schmerzlich empfunden werden. Die „Börsen-Zeitung" läßt diese Zurückhaltung eine Strafe dafür sein, daß vor drei Jahren der Braunschweigische Landtag die Zivilliste zwar erhöhte, aber nicht in dem verlangten Umfange. Die immerhin delikate Angelegenheit, meint das nationalliberale Blatt, sei im Landtage in sehr ungeschickter Weise behandelt worden, wodurch sich der Regent verletzt gefühlt habe. Wir können letzteres um so weniger glauben, als die Zivilliste des kleinen Ländchens über eine Million beträgt und außerdem der Regent so ziemlich der reichste Fürst in Deutschland ist. Die braunschweigische Zivilliste für den Regenten ist beinahe viermal so hoch, als die Kosten der Statthalterschaft für das viermal so große Elsaß-Lothringen. —

Im großen Stil. Die neue Militärvorlage und die neuen Steuerprojekte sind im kleinen Stil gehalten, weil man, wie der Schatzsekretär von Maltzahn im Reichstage erklärte, augenblicklich es an der Zeit halte, mit einer Steuerreform „im großen Stil" zu kommen. Wahrscheinlich wird aus aller Herren Ländern, wie bei der Militärvorlage, zusammengestellt werden, was jedes dieser Länder an Steuern erhebt, und aus der Zusammenstellung der höchsten Steuern für jeden Gegenstand und unter Neuschöpfung durch den Geist Miquel's ein Steuerbouquet geschaffen werden, daß dem Volke Sehen und Hören vergeht. Wer die gegenwärtige Militär- und Steuervorlage bewilligt, bewilligt Alles, wenn es nur aus der Tasche des Volks geht. —

Welfenfonds-Quittungen. In der „Kölnischen Volks-Zeitung" lesen wir folgende, wenn wir nicht irren, auf die „Nationalliberale Korrespondenz" zurückzuführende Notiz:

> Der „Vorwärts" hat vor weniger als Jahresfrist über die Welfenfonds-Quittungen sich in einer Weise ausgesprochen, die zu denken giebt. Am 7. April 1892 meinte er, hinter dem Züricher Buchhändler, der die hundert Quittungen um theueres Geld los sein wolle, stecke ein Herr v. Ehrenberg, welcher ein Mal im Reichstag als Stipendiat des Reptilienfonds bloßgestellt worden, dann nach Transvaal ausgewandert, in einem dortigen deutschen Verein zurückgewiesen worden und nach Europa zurückgekehrt sei. Das sozialdemokratische Blatt stellte es so dar, als ob Ehrenberg nach Anleitung des Fürsten Bismarck darauf ausgehe, die Undankbaren unter den früheren Stipendiaten des Reptilienfonds rücksichtslos bloßzustellen. Mit der Drohung der Veröffentlichung der Quittungen werde ein infames Schachergeschäft getrieben, wobei Ehrenberg den Unterhändler nach zwei Seiten spiele. Jetzt hat der „Vorwärts" genau dasselbe Material veröffentlicht und, als der „Reichs-Anzeiger" unter Veröffentlichung interessanter Aktenstücke die Quittungen als Fälschungen erklärte, von einem „unanfechtbaren Echtheits-Beweis" geredet, der durch diese Veröffentlichung gegeben sei!

Was der „Kölnischen Volkszeitung" „zu denken giebt", ist uns nicht recht klar. Sollen wir etwa Material, welches die Stipendiaten des Welfenfonds brandmarkt, deshalb im Pult modern lassen, weil Bismarck es, unserem Vermuthen nach, ursprünglich zu persönlichen Rachezwecken oder auch zu „Erpressungen" im Sinne der „Revolverjournalistik" auszunutzen gesucht hat? Es würde der Sache sogar noch einen besonderen Reiz geben, wenn das Dichterwort: „jeder dieser — Biedermänner wird vom andern abgethan" hier sich praktisch bewahrheitete — allerdings leider nur in beschränktem Umfang.

Uebrigens schreibt man uns zu den Welfenfonds-Quittungen aus Zürich:

> Ich denke, die Quelle, aus der der „Vorwärts" seine Enthüllungen über die Verwendung der Welfenfondsgelder schöpfte, bedarf der Bestätigung eines Cäsar Schmidt nicht. Interessant dürfte aber doch noch folgende Ausführung sein, umsomehr als durch dieselbe die Erklärung Cäsar Schmidt's in der „Frankf. Zeitung" (S. unsere gestrige Nummer) in ein eigenthümliches Licht gerückt wird.
>
> Cäsar Schmidt sagt in der betreffenden Erklärung, daß er die Broschüre nur deswegen nicht hat erscheinen lassen, weil man ihm den Beweis über die Echtheit nicht erbringen wollte oder konnte.
>
> Nun ist die Sache aber so, daß Cäsar Schmidt die zirka 80 Druckseiten umfassende Broschüre setzen und davon ca. 10 Abdrücke machen ließ. Von diesen wanderten acht Exemplare nach Deutschland. Nach wenigen Tagen stellte sich im Bureau des Herrn C. Schmidt ein deutscher Herr vor, der Herrn Schmidt allein zu sprechen wünschte. Nach einer längeren Konferenz — wohl eine Stunde — kam Herr Schmidt mit dem fremden Herrn sehr zufrieden und glücklich aussehend heraus und begleitete denselben bis zur Thür.
>
> Unmittelbar darauf gab er Ordre, die Vorbereitung zum Versandt der Broschüre abzubrechen, da sie nicht gedruckt würde. Ein Angestellter der Buchhandlung drückte sein Bedauern aus, daß jetzt, nachdem zirka 5000 Exemplare schon bestellt worden, dieser Gewinn dem Geschäft entgehen und dazu noch der Satz bezahlt werden müsse. „Ach sorgen Sie nicht für mich," war die Antwort.
>
> Vielleicht bestreitet Herr Schmidt diese Darstellung, will er aber vielleicht auch etwa bestreiten, daß die Broschüre thatsächlich gedruckt wurde und daß es verschiedene Personen in Zürich giebt, die solch ein Exemplar gesehen?
>
> Nun weiß ich Ihnen aber noch mehr zu erzählen.
>
> Die 5000 bestellten Exemplare ließen dem Buchhändler keine Ruhe. Er mag wohl manche schlaflose Nacht gehabt haben, bis ihm der rettende Gedanke kam. Zum Teufel auch. Auf der einen Seite die Abmachungen mit dem fremden Herrn, auf der anderen Seite der Buchhändlergewinn. Nun wandte sich Cäsar Schmidt an die hiesige Grütli-Buchhandlung, bezw. an Herrn Ilg mit folgender Offerte: Die Grütli-Buchhandlung übernimmt den Verlag, C. Schmidt. Profit und Risiko und die Grütli-Buchhandlung erhält ihre Prozente. Bei diesem Anlaß versicherte und beheuerte Schmidt die Echtheit; doch er ward von Ilg abgewiesen. Nun wandte sich Schmidt an das Centralkomitee des Grütli-Vereins — der Brief existirt jedenfalls noch. — Auch da erhielt er einen Korb. Nun kamen die Enthüllungen im „Vorwärts". Tief war der edle Cäsar betrübt, doch noch ließ er nicht alle Hoffnung sinken. Nochmals machte er Herrn Ilg die Offerte, und schimpfte dabei auf den „Vorwärts", der ihn um den schönen Gewinn gebracht habe, und versprach 50 pCt. vom Reingewinn. Vergebens. Doch ein weiser Mann weiß sich zu fassen; von Herrn Ilg weg ging Cäsar starken Muthes an seinen Schreibtisch und schrieb an die „Frankfurter Zeitung" mit blutendem Herzen: „Ich nahm diese Broschüre nicht in Verlag, weil mir der Beweis ihrer Echtheit nicht erbracht werden konnte oder wollte". —

Zum jüngsten Pariser Polizeistreich, den wir bereits gestern kurz besprochen, wird uns von kompetentester Seite geschrieben:

Die Pariser Bourgeoispresse verkündet mit großem Pomp, die Polizei habe ein höchst niederträchtiges Komplott entdeckt. Einige „russische Nihilisten" hätten sich verschworen, den sanftmüthigen Zar und Selbstherrscher aller Reußen in's Jenseits zu befördern; aber die Polizei wachte, die „Misse und auch Attentäter" wurden gefaßt, der großherzige Vater des russischen Vaterlandes war gerettet.

Bei Lichte besehen, stellt sich nun heraus, daß die „russischen Nihilisten" diesen Namen insofern verdienen, als sie mit Russen nihil, nichts, zu schaffen haben. Sie sind einfach Polen, die nur das Unglück haben, unter dem Zepter des Petersburger Väterchens geboren zu sein. Leute, die in Paris sehr ruhig und zurückgezogen lebten, und nicht so einfältig waren, Attentatskomplotte zu machen — dies Fach überlassen vernünftige Leute heutzutage der Polizei. Und die bloße Nothwendigkeit, mit den polnischen Namen dieser „russischen Nihilisten" vor die Oeffentlichkeit zu rücken, genügte, um den ganzen Attentats- und Komplottsvorwand auch für die Polizei unhaltbar zu machen. Sie mußte ihren Havas-Reuter instruiren, die Leute würden blos aus Frankreich ausgewiesen werden.

Wozu überall der Lärm? Sehr einfach.

Die Regenten der opportunistisch-radikalen Bourgeoisrepublik — Minister, Senatoren, Deputirte — sind allesammt in den Panama-Skandal verwickelt, die einen als Bestochene, die anderen als Mitwisser und Verhehler. Sie sind aber auch der Ansicht, das Publikum habe sich lange genug mit dieser Seite ihrer unsauberen Existenz beschäftigt. Sie denken: Die Welt hat jetzt genug davon gesprochen, daß wir die Republik durch unsere Gaunereien in Mißkredit gebracht haben. Zeigen wir nunmehr, daß wir auch im stande sind, diese Republik politisch zu diskreditiren. Zeigen wir, daß wir im Bauchrutschen vor dem Zar den seligen Bismarck noch um sechs Kriecherlängen schlagen. Die russische Gesandtschaft wünscht Einsicht in die Papiere der polnischen Emigration zu nehmen, beweisen wir unsre brennende Begierde ihr alles zu Füßen zu legen, was sie nur wünscht: nicht nur die Papiere, auch die Polen selbst gleich mit, wenn es sein muß ganz Frankreich!

Uns kann es ganz recht sein, wenn die Bourgeoisrepublik sich auf diese Weise selbst ruinirt. Ihre Erben stehen vor der Thür: nicht die Monarchisten, die eben

---

Lieferungen für die Regierung; er liefert Wein, Wolle, Indigo, kurz alles, was Profit abwirft. Sein Genie umfaßt alles. Dieser Elephant der Finanz könnte Abgeordnete an die Regierung und Griechen an die Türkei verkaufen. Für ihn ist der Handel die Totalität im Mannigfaltigen und die Einheit im Verschiedenen, wie Cousin sagen würde. So betrachtet geht die Politik in der Bank auf. Ein Geschäft, wie Nuzingen es betreibt, erfordere einen außerordentlich klugen, siebenfach destillirten Menschen, der sich über die Gesetze der Redlichkeit, in denen er sich beschränkt fühlt, hinauszusetzen versteht."

„Du hast Recht, mein Sohn," erwiderte Blondet. Aber wir allein verstehen den Kampf, der in der Geldwelt tobt. Der Bankier ist ein Eroberer. Er opfert Massen auf, um seine geheimen Absichten zu erreichen; die Interessen der kleinen Rentiers sind seine Soldaten; er entwirft Kriegspläne, legt seine Truppen in den Hinterhalt, läßt sie hervorbrechen und erobert Städte.

Die Meisten von ihnen kommen der Politik so nahe, daß sie sich zuletzt ganz mit ihr einlassen; dabei kann ihr Vermögen leicht zu Grunde gehen. So brach das Haus Necker zusammen, und der berühmte Samuel Bernard stand dicht vor der Pleite. In jedem Jahrhundert stößt man auf einen Bankier von riesigem Vermögen, der weder Vermögen noch Nachfolger hinterläßt.

Die Gebrüder Paris, die zu Law's Sturze beitrugen, Law selber, gegen den alle modernen Gründer Zwerge sind, Bouret, Baujon, alle, alle sind verschwunden, ohne eine Familie gegründet zu haben.

Wie Kronos verschlingt die Bank ihre Kinder.

Will der Bankier bestehen bleiben, so muß er sich adeln lassen und eine Dynastie gründen. So haben es die Fugger, die Karl dem Fünften pumpten, gemacht. Sie wurden zu Fürsten von Babenhausen erhoben und leben noch — im Gothaischen Hofkalender.

Die Finanzleute suchen alle geadelt zu werden, aus Selbsterhaltungstrieb, vielleicht ganz instinktiv.

Jacques Coeur begründete eine berühmte Adelsfamilie, die Noirmoutier's; das Haus erlosch unter Ludwig XIII. Welch energischer Mann! Er ging zu Grunde, weil er einen König zur Legitimität verholfen hatte. Er starb als Fürst einer Insel des Archipels, auf der er eine prächtige Kathedrale erbaut hatte."

„Wenn Ihr Euren Ausflug in die Weltgeschichte in diesem Stile fortsetzt, dann kommen wir ja ganz aus der Gegenwart heraus," warf Finot ein. „Dem Throne ist heute das Recht leider genommen, den Adel zu verleihen, und Grafen und Barone werden nur noch unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gemacht. Ein wahrer Jammer ist's!"

„Du jammerst wie ein Schmutziger nach einem Stückchen Seife," meinte Vixiou, „und Du hast auch allen Grund dazu."

Ich komme endlich auf meinen Text zurück.

Kennt Ihr Beaudenord? Nein, nein, nein. Gut!

Nichts auf Erden währet ewig, nicht wahr? Vor zehn Jahren war der arme Junge die Blume aller Dandi's. Aber ach, er hat sich sehr geändert, und heute wißt Ihr von ihm ebensoviel, als Finot vom Ursprung des „coup de Jarnac". (Ich will nicht sticheln, Finot, es kam mir nur so in den Mund.)

Beaudenord war ein vollbürtiger, echter Sohn des Faubourg Saint-Germain*). Er hieß — ich muß mit diesem Gimpel nothgedrungen meine Erzählung beginnen — er hieß also Godefroid de Beaudenord. Weder Finot, noch Blondet, noch Couture, noch ich werden den Vorzug eines so schönen Namens geringschätzen. Kam er vom Ball und hörte er seine Diener nach dem Wagen rufen und seinen Namen dabei nennen, während ein paar Dutzend hübscher, tiefverschleierter Damen an der Seite ihrer Gatten auf ihre Koupees warteten, so war ihm das weiter nicht unangenehm.

(Fortsetzung folgt.)

*) Quartier der Aristokratie.

wieder sehr stark komplottiren, die aber trotzdem nicht gefährlich sind, sondern die Sozialisten werden diese Erben sein. Was aber auch für uns zu arg wird, das ist die Dummheit dieser Leute, der jetzigen Machthaber in Frankreich. Sie betteln um die Gunst und Gnade des offiziellen Rußlands, sie lecken ihm die Stiefel, sie erniedrigen sich vor dieser russischen Diebesbande, sie ernennen den Zar zum wirklichen Herrscher Frankreichs und Leiter der französischen Politik — und dieser Zar ist in einer Ohnmachtslage, die ihm absolut unmöglich macht, Frankreich irgend welchen wirklichen Dienst zu leisten. Der gegenwärtige Winter beweist, daß die Hungersnoth auf Jahre hinaus in Rußland in Permanenz erklärt ist; die Hülfsquellen des Landes sind für lange Zeit erschöpft, die Finanzlage ist geradezu verzweifelt. Es ist nicht Frankreich, das Rußlands bedarf, im Gegentheil, es ist Rußland, das ohne französische moralische Unterstützung vollständig gelähmt wäre. Hätten diese französischen Bourgeois einigen Verstand, sie könnten ihren russischen Bundesgenossen zu allem zwingen, was kein Geld und keinen Krieg kostet. Statt dessen liegen sie im Staub vor ihm und lassen sich ausbeuten für russische Staatszwecke, wie selbst Preußen nicht in seiner tiefsten Erniedrigung. Und dabei kommen sie sich gar schlau vor und ahnen nicht, wie man sie, diese dummen Teufel, in Petersburg auslacht!

Paris vaut bien une messe — Paris ist schon eine Messe werth, sagte Heinrich IV., als er durch Uebertritt zum Katholizismus die Kapitulation von Paris erlangte. La France vaut bien une Marseillaise — Frankreich ist schon eine Marseillaise werth —, sagte Alexander III., als ihm, im Moment seiner größten politischen Hilfs- und Rathlosigkeit, der Admiral Gervais Frankreich zu Füßen legte. —

Die Ersatzwahl von Carmaux. Man schreibt uns aus Paris, den 10. Januar:

Die Hoffnungen, welche die Sozialisten auf die industrielle und ländliche Arbeiterbevölkerung des Wahlkreises Albi, dessen Hauptort Carmaux ist, setzten, haben sich in glänzender Weise erfüllt. Die Sozialisten haben bei der Wahl am 8. Januar eine Mehrheit von etwa 1000 Stimmen zu verzeichnen, und vor allen in Carmaux selbst hat die überwältigende Majorität der Wähler für Jaurès gestimmt. Leider vertheilten sich die sozialistischen Stimmen auf zwei Kandidaten, so daß eine Stichwahl nothwendig geworden ist.

Jaurès, auf den überhaupt die meisten Stimmen fielen, erhielt 4660, und der sozialistische Maire einer Gemeinde des Wahlkreises, Soulié, von dem man noch im letzten Augenblick erwartet hatte, er würde seine Kandidatur zu Gunsten Jaurès' zurückziehen, 1080 Stimmen. Der opportunistische Kandidat, für den die Regierung mit Hochdruck gearbeitet hatte, brachte es auf 4387 Stimmen. Höchst charakteristisch für das Geschrei der Herren Cassagnac, Arthur Meyer und sonstigen Bonapartisten, Monarchisten u. s. w., die Republik sei ihrem Untergang nahe, ist die Thatsache, daß die Reaktionäre in diesem Wahlkreise, welcher vorher durch einen Erzreaktionär, den Marquis de Solages, vertreten war, überhaupt nicht gewagt haben, in den Wahlkampf ernsthaft einzutreten. Ein schwacher Anlauf wurde gemacht, aber bald trat der betreffende Kandidat zu Gunsten des Schützlings der Regierung zurück. Trotz dieser offen feststehenden Thatsache hat der „Temps" die Stirn, zu behaupten, die reaktionären Wähler hätten für Jaurès gestimmt; nur so sei der Erfolg desselben zu erklären. Und worauf stützt der „Temps" diese Behauptung? Auf die Abstimmung in Carmaux, wo 1889 die Majorität der Stimmen auf den Marquis de Solages gefallen sei, während jetzt Jaurès den Sieg bei der Wahl davongetragen habe. Die schändlichen Wahleinflussungen, welche sich die reaktionären Bergwerksbesitzer, der Herr Marquis mit seinem Schwiegervater, dem Baron Reille, an der Spitze, 1889 und später erlaubten, und welche schließlich zu dem grandiosen Ausbruch des Arbeiterzornes in dem großen Streik führten, hat der „Temps" natürlich ganz vergessen, und nur diesen Beeinflussungen verdankte der Marquis seine Wahl. — In Anbetracht der wichtigen Rolle, welche die den Sozialisten sich nähernden bürgerlichen Radikalen, wie Goblet und Millerand, zu denen bekanntlich auch Jaurès zu rechnen ist, bei der Weiterentwicklung des Sozialismus in Frankreich spielen, wird es nicht uninteressant sein, das Urtheil Millerand's über den Wahlausfall wiederzugeben. In einem „Bravo, Carmaux!" überschriebenen Artikel sagt Millerand u. a.: „Großes Beispiel, das nicht verloren gehen wird! Wir beglückwünschen uns wegen des Sieges von Carmaux nicht nur deshalb, weil er eine neue Eroberung der sozialistischen Idee darstellt, weil er derselben in der Kammer einen beredten und gewappneten Vertheidiger sichert; wir begrüßen ihn als das Vorspiel und das Vorzeichen der Hauptwahlen. Er zeichnet mit Klarheit der sozialistischen Partei ihre Pflicht vor, indem er ihr neue Fernblicke eröffnet. Möge die Partei es nicht vergessen! Wie in den Kommunen von Albi, so muß der Feldzug, den sie morgen in ganz Frankreich unternehmen wird, in noch höherem Maße ein Feldzug der Erziehung und der Erläuterungen, als ein solcher der Begeisterung und der Leidenschaft sein. Die Partei wendet sich an ein Volk, welches „etwas anderes" sucht, als das, was ihm bisher ein politisches und ökonomisches Regime gegeben hat, von dem es genug hat. Wir müssen dem allgemeinen Stimmrecht begreiflich machen, sowohl durch die Klugheit unseres Auftretens, als auch durch die Festigkeit unserer Entschlüsse, und besonders durch unsere Einigkeit und unsere Disziplin, daß die sozialistische Partei reif dazu ist, ihre Forderungen zu verwirklichen, daß sie weiß, was sie will, wohin sie geht, welchen Weg sie einzuschlagen hat. An alle Ausgebeuteten ohne Unterschied soll sich ihr Wort wenden, an die kleinen Kaufleute, die Handwerker, die Arbeiter der Scholle und der Fabrik. Das hat Jaurès in Carmaux gethan, und das müssen die Sozialisten von einem Ende Frankreichs bis zum andern thun." — Jaurès endgiltiger Sieg bei der am 22. Januar stattfindenden Stichwahl steht außer allem Zweifel. —

Der Panama-Prozeß. Das Verhör Fontane's in der gestrigen Sitzung führte zu keinem bemerkenswerthen Zwischenfall. Fontane versicherte, er habe bis zum Jahre 1885 nur 60 000 Franks an die Presse vertheilt. Cottu erklärte bei seiner Vernehmung, daß er mit den äußeren Angelegenheiten der Panama-Gesellschaft nichts zu thun, sondern nur den inneren rein technischen Dienst zu versehen gehabt habe. Der Präsident vernahm sodann den Angeklagten Eiffel in betreff der Summen von je zwei Millionen, welche er an den Direktor des „Temps", Hebrard, an Reinach und an einen Unternehmer ausbezahlt habe. Eiffel antwortete, er habe des Einflusses und der Unterstützung dieser drei Personen, sei es als Unternehmer, sei es als Bankiers, für das Gelingen des Unternehmens bedurft. Wegen der 18 Millionen befragt, welche Eiffel für seine Arbeiten erhalten, die nicht vollständig ausgeführt wurden, erwiderte derselbe, er habe dieses Geld in Gemäßheit seines Vertrages und als Kompensation für ganz zufällige, nicht vorherzusehende Ausgaben behalten. Der Präsident erklärte, ein solcher Vertrag hätte annullirt werden müssen. — Hierauf wurde zur Vernehmung der Zeugen geschritten.

In der Donnerstags-Sitzung machte der Sachverständige Rossignol, welcher als erster die Bücher der Panama-Gesellschaft prüfte, seine Aussagen. Der Präsident bemerkte, es scheine, daß die Rechnungsbelege, bevor sie dem Sachverständigen unterbreitet wurden, umgearbeitet wurden. Hierauf wurde der Liquidator Monchicourt vernommen.

Monchicourt hob hervor, die Panama-Gesellschaft sei immer zu weit gegangen, ohne ein Mittel zu finden, aus der unentwirrbaren Lage herauszukommen. Ferdinand Lesseps habe den Einwendungen betreffs der Schwierigkeit des Unternehmens keinerlei Rechnung getragen und habe niemals gerechnet. Man müsse freilich den moralischen Zustand in Betracht ziehen, in welchem sich die Gesellschaft befand. Die gemachten Ausgaben erachtete Monchicourt für übertriebene.

Reinach und Levy Cremieux seien beauftragt gewesen, für gewisse Beihilfen Zahlungen zu leisten, aber Reinach habe einen großen Theil dieses Geldes behalten. Der Präsident sprach sich äußerst mißbilligend gegenüber Lesseps wegen einer derartigen Handlungsweise aus.

Bis in die neue Welt spritzt der Panama-Schmutz. Ein amerikanisches Blatt, die New-Yorker „World" meldet darüber:

Beim Auftauchen des Projektes im Jahre 1879 machte sich sowohl in der amerikanischen Presse, als in hierländischen Politikerkreisen große Opposition gegen dasselbe geltend, weil die Etablirung einer fremden Macht auf dem amerikanischen Kontinent gegen die Traditionen der Monroedoktrin verstieß und daher von den „Vereinigten Staaten" nicht gutgeheißen werden konnte. Um die wachsenden Bedenken der Nordamerikaner zu zerstreuen, kreuzte Lesseps den Ozean und hielt sich mehrere Monat in der Bundeshauptstadt Washington und in der Stadt New-York auf. Als Hauptfrucht seines hierländischen Aufenthaltes ist die Gründung des sogenannten amerikanischen Komitees anzusehen, welches mit Hilfe von New-Yorker Bankiers ins Leben gerufen wurde, angeblich zu dem Zwecke „Die Interessen der Gesellschaft zu wahren, soweit dieselben auf die Neutralität des Kanals, welche durch Artikel 5 des Konzessionsgesetzes der Vereinigten Staaten von Kolumbia verfügt ist, bezug haben." In Wirklichkeit hatte dieses Komitee aber die Aufgabe, die Regierung und das Volk zu gunsten des Kanalprojektes zu beeinflussen und wurde zu diesem Zwecke ein Korruptionsfonds von über 2 000 000 Dollars bestimmt.

Die „World" behauptet nun, daß sowohl öffentliche Beamte als Kongreßleute und andere einflußreiche Personen Bestechungssummen erhalten hätten und die Ersparnisse der französischen Bauern eine ergiebige Korruptionsquelle auf dem Kapitol in Washington bildeten. Auch eine New-Yorker Zeitung soll mit den Panamageldern gekauft worden sein. Die Hauptabsicht, die Lesseps bei der „Beeinflussung der öffentlichen Meinung" in Amerika verfolgte, ging dahin, die Opposition gegen das Projekt zu mildern, um seinen Landsleuten gegenüber darauf hinweisen zu können, daß Amerika gegen die Anlage nichts einzuwenden hätte und der Erfolg derselben außer Frage stehe.

Wie dem „Pittsburger Volksblatt" aus der Bundeshauptstadt (Washington) gemeldet wird, „dürfte der Kongreß eine Untersuchung der dunklen Affäre veranlassen, um feststellen zu können, ob die großartige Korruptionsverschwörung der Panamakanal-Unternehmung auch ein amerikanisches Ende hat". —

Vom Bergarbeiterstreik.

Aus dem Saarrevier berichtet das Wolff'sche Bureau, am 12. Januar seien 16 047 Mann angefahren, was gegen die Nachricht desselben Bureaus vom 11. Januar wieder eine Abnahme des Streiks bedeuten würde. Am 11. Januar sollten 11 171 Mann angefahren sein. Unser Saarbrücker Korrespondent erklärt jedoch letztere Nachricht für absolut falsch. Möge dem sein wie ihm wolle, jedenfalls haben die Streikenden Schritte gethan, um den Streik zu beenden, was auch nur vernünftig ist. Der offiziöse Telegraph meldet darüber unterm 12. Januar aus Saarbrücken: „Die in der gestrigen Versammlung der Grubenausschüsse und Knappschaftsältesten gewählte neue Deputation der Ausständigen telegraphirte durch den Bergmann Peter Schäfer gestern Abend an den Vorsitzenden der Bergwerksdirektion, Geheimrath v. Velsen, und fragte wegen Unterhandlungen an. Geheimrath v. Velsen ließ der Deputation antworten, daß er Unterhandlungen ablehne, daß er aber bereit sei, die Deputation anzuhören, falls dieselbe nur aus aktiven, noch zur Belegschaft gehörigen Bergleuten bestehe. Die Bergleute, welche bereits den Abkehrschein erhalten haben, zählten nicht mehr zur Belegschaft und würden deshalb auch nicht angenommen."

Die Bekanntmachung, in welcher die Saarbrücker Bezirksdirektion die Maßregelung der Vertreter der Bergleute mittheilt, hat folgenden Wortlaut: „Wegen ihrer aufreizenden Thätigkeit vor dem Streik und ihres Verhaltens während desselben sind heute die Hauptagitatoren für immer aus der Grubenarbeit entlassen und wurden ihnen auf sämmtlichen Gruben des Bezirks die Abkehrscheine zugestellt." Diese Handlungsweise einer Behörde desselben Staates, dessen Oberhaupt die Welt mit den Februar-Erlassen angenehm überraschte, ist schon in ihrem embryonalen Zustande kritisirt worden, so daß jede weitere Erörterung überflüssig, wie bei der Starrköpfigkeit der preußischen Bureaukratie ja auch zwecklos wäre. Auch in anderer Beziehung hat man das Strafgericht begonnen, das den Bergleuten in Aussicht gestellt war. In Spiesen wurde eine große Anzahl Strafbefehle solchen Personen zugestellt, welche die anfahrenden Bergleute in den letzten Tagen verhöhnt und angehalten bezw. belästigt und mißhandelt hatten. Die Strafen belaufen sich auf 15, 30 und 45 M.

Der Unsumme von Verdächtigungen gegenüber, welche das rheinisch-westfälische Unternehmerthum über die streikenden Bergleute ausschüttet, ist eine Zuschrift der gewiß nicht an übermäßiger Arbeiterfreundlichkeit leidenden „Freisinnigen Zeitung" bemerkenswerth, welche dieser von unparteiischer Seite über die Ursachen des Streiks im Saarrevier zuging. Diese Zuschrift bestätigt, was der „Vorwärts" vom Beginn der Bewegung an als Ursachen des Streiks bezeichnete, und lautet wie folgt: Die Beschwerden der Arbeiter betreffen „theils die Ermäßigung der Löhne, theils die neue Arbeitsordnung. Die Gedinge sind zurückgegangen. Eine Anzahl Bergleute wurden bei der letzten Löhnung mit Löhnen unter 2,50 M. per Schicht gelohnt, was nach Abzug von Büchsengeld, Oel-, Krankengeld ꝛc. bei 24 Schichten monatlicher Arbeit einen Verdienst von nur 55 M. beträgt. In der Grube „Jägersfreude" ist das Geding von 5 M. pro Tonne im Jahre 1889 auf 2,50 M. heruntergegangen. Allerdings giebt es Bergleute, welche 100—130 M. monatlich verdienen, also per Schicht etwa 6 Mark. Ueber diese Ungleichheiten des Verdienstes beklagt man sich zumeist. Die Bergverwaltung meint, die Arbeiter seien selbst daran schuld; diejenigen mit geringem Verdienst seien keine fleißigen Arbeiter. In Arbeiterkreisen aber schiebt man den Unterschied darauf, daß er in dem verschiedenen Grade der Mächtigkeit und Reinheit der Kohlenflötze liegt. Die vorgekommenen nicht genug zu tadelnden Ausschreitungen sind durch junge halbwüchsige Burschen begangen worden; die alten Bergleute betragen sich durchweg ruhig und besonnen. Daß man die Deputation der Bergleute erst nach Koblenz berief und dann nicht anhörte, weil Rechtsanwalt Heyden aus Metz dabei war, hat neuen Stoff zur Unzufriedenheit gegeben. Seit Montag haben alle Inspektionen angefangen, Abkehrscheine in großer Anzahl denjenigen Bergleuten zuzustellen, welche ihnen als unruhige Köpfe (!!) bekannt sind. Es sollen darunter Leute von der Grube Dudweiler sein, welche 35 Jahre und noch länger gearbeitet haben. (!!) An den jetzigen Vorgängen haben also nicht blos die Arbeiter, sondern auch die Bergbehörden ein gutes Theil der Schuld, nicht minder aber auch die Verwaltungsbehörden. Sehr ist die Unzufriedenheit dadurch gestiegen, daß infolge der Einwirkung der Behörden die Bergleute in St. Johann kein Versammlungslokal erhalten können. Dagegen ist es dem antisemitischen Hetzredner Dr Förster nicht schwer gefallen, ein Versammlungslokal zu erhalten. Sicher ist, daß, im Falle einer Reichstagsauflösung, die Nationalliberalen, welche das letzte Mal noch mit 120 Stimmen siegten, vor die Thür gesetzt werden."

Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" weiß auf diese fulminante Anklage gegen die Behörden nichts weiter zu entgegnen, als daß der Freisinn den Bergarbeiterstreik zu Wahlzwecken ausschlachte. Mit demselben Zynismus druckt sie die aus der bekannten kölnischen Allerweltskloake stammende Notiz ab, worin es heißt: „Die für den Abend um 7 Uhr (in den westfälischen Distrikten) angeordnete Schließung der Wirthschaften ist eine sehr angemessene Maßregel, denn bei der immerhin empfindlichen Kälte werden sich die Ansammlungen wohl bald zerstreuen, wenn sie nicht mit dem Kneipenbesuch in Wechselwirkung bleiben können. Die Ausständischen äußern sich natürlich sehr mißbilligend über diese behördliche Verfügung. „Dann müßte man doch," hörte ich einen sagen, „auch die Hotels schließen, damit die Fetthunde auch nicht da unterkommen können." Ob die Dynamitanschläge von hiesigen Arbeitern ausgegangen sind, weiß man freilich nicht, aber jedenfalls (!!!) sind sie durch die Arbeiterbewegung veranlaßt worden, sei es, daß ein oder einige Fanatiker dieselben bewirkt haben, sei es, daß auswärtige Anarchisten die Gelegenheit benutzt haben, um die Bewegung zu schüren und die Gegensätze zu verschärfen. 1889, wo man das Zentralhotel ebenfalls stark beschädigte, war die Sache verhältnißmäßig noch harmlos, da wenigstens nicht mit Sprengstoffen hantirt, sondern nur mit gerade zur Hand befindlichen Steinen geworfen wurde, und zwar zunächst auf die Polizisten, die mit den Arbeitern ins Handgemenge gerathen waren und von denen dann einer oder einige in das bezeichnete Haus flüchteten. Jetzt sieht der harmloseste Bürger sich und die Seinigen unterschiedslos von mordlustigen Buben bedroht." Pindter muß es wieder jugendfrisch ums Herz sein, wenn er sieht, wie die Bergarbeiter nach derselben Methode verleumdet werden, die er im Jahre 1878 bei den Attentaten mit unerreichter Niederträchtigkeit gegen die Sozialdemokratie praktizirte.

Selbst die gewaltsamsten Maßnahmen haben auf die Bergleute Westfalens und der nördlichen Rheingegend offenbar keinen sondertlichen Eindruck gemacht, obwohl jetzt auch der Bergmann Bunte in Dortmund verhaftet worden, als er von einer Agitationsreise zurückkehrte. Dabei hatte es die Behörde so eilig, daß diese Maßregel auf offener Straße vorgenommen wurde. Und die Gründe der Verhaftung? Die Frage beantwortet sich nach Lage der Dinge von selbst.

Nach der „Rheinisch-Westf. Ztg." sind im Essener Revier am 12. Januar gegen 15 000 Mann ausständig gewesen, und wie das Herold'sche Bureau berichtet, beschloß am 11. Januar eine Bergarbeiter-Versammlung, am Streik festzuhalten. Es feiern auf Zeche „Carolus Magnus" 419 Mann, „Amalie" 12, „Christian Levin" 380, „Neucöln" 371, „Wolfsbank" 572, „Gustav" 130, „Friedrich Ernestine" 394, „Hibernia" 1220, „Wilhelmine Victoria" 1830, „Carolinenglück" 80, „Heinrich Gustav" 1389, „Consolidation" 1450, „Pluto" 1180, „Unser Fritz" 1210, „Königsborn" 400, „Glückauf Tiefbau" 619, „Tremonia" 485, „Graf Beust" 260, „Borussia" 60, „Zollern" 650, „Germania II" 700, „Germania I" 278, „Dorstfeld" 272 Mann. Neu in den Ausstand eingetreten sind die Gruben „Nordstern" (134 Mann ausständig), „Bickefeld" (100), „Wiendahlsbank" (195), „Kaiser Friedrich" (104), „Luise Tiefbau" (90) und „Bismarck" (900). Die Belegschaften der Zechen „Westphalia" und „Kaiserstuhl" sollen dagegen wieder angefahren sein.

In Essen beschloß am 12. Januar eine Bergarbeiter-Versammlung, die Forderungen der Bergarbeiter dem bergbaulichen Verein zu überreichen und nicht eher anzufahren, bis dieselben erfüllt seien.

Ferner liegen folgende Nachrichten vor:

Bergedorbeck, 12. Januar. Die Belegschaft der Zeche „Helene Amalie" ist heute Morgen in den Streik eingetreten.

Gelsenkirchen, 12. Januar. Die Zahl der Anfahrenden nimmt wieder zu. Mehrere „Aufwiegler und Hetzer" (anders thut's der offiziöse Telegraph nicht!) wurden verhaftet.

Bochum, 12. Januar. Der Streik hat hier nicht weiter um sich gegriffen. Nach der „Volkszeitung" dürfte sich die Zahl der Ausständigen im ganzen Revier auf ungefähr 10 000 belaufen. Zwei für heute einberufene Bergarbeiter-Versammlungen wurden „im Interesse der öffentlichen Ordnung" verboten.

Daß die Bewegung nicht noch größeren Umfang angenommen hat, wird wahrscheinlich zum Theil mit in der etwas weniger rigorosen Haltung begründet sein, welche stellenweise die Zechenverwaltung jetzt gegen die Bergleute beobachten. Das geht aus einer Zuschrift hervor, die der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung" aus Königsborn übersandt wurde. Es heißt darin: „Während die hiesigen Bergleute sich vor einiger Zeit hier vielfach über das Ueberhandnehmen des Kohlenmulmens-Geschäftes beklagten, machen sie jetzt die überraschende Bemerkung, daß kürzlich sehr wenig „gemulmt" wird, ohne daß die Kohle wirklich reiner geworden. Desgleichen werden melirte Kohlen gegen früher nur in geringem Maße als Grus notirt. Wer sich aber erwidert, es wäre deshalb auf hiesigen Zechen erträglicher geworden, der irrt sich, die Behandlung der Arbeiter läßt viel zu wünschen übrig, die Löhne werden mit jedem Monat niedriger und wenn der Hauer in diesem Monat aus oben angegebenen Gründen vielleicht noch etwas herausschlägt, so trauen wir dem Frieden doch nicht und werden die Augen offen halten. Die Herren beabsichtigen vielleicht eine Lohnstatistik anzufertigen, um eventuell wie die „Fiskalischen" im Saarrevier behaupten zu können, „unsere Bergleute haben mehr verdient, als wie sie fordern."

* * *

Der Verlag der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung" veröffentlicht folgende „Erklärung. In Anbetracht der kritischen Lage, in der sich das rheinisch-westfälische Kohlenrevier befindet, wird die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung" ihr regelmäßiges Erscheinen bis auf Weiteres einstellen. An Stelle derselben werden Extra-Blätter nach Bedarf herausgegeben werden."

Der Streik bleibt natürlich nicht ohne Wirkung auf die Kohlenpreise. Es mangelt an Kohlen, demnach machen die Kohlen-Großhändler ein gutes Geschäft. Die Kleinhändler werden sich das selbstverständlich auch zu nutz machen. Den Schaden haben die Konsumenten, die aber vernünftigermaßen nicht den Bergarbeitern, sondern den Grubenverwaltungen die Schuld daran zur Last zu legen haben. Auch eine Betriebseinschränkung wegen des Mangels an Heizmaterial wird aus dem nördlichen Ausstandsgebiet bereits gemeldet. Die Aktiengesellschaft für Bergbau- und Hüttenbetrieb „Phönix bei Ruhrort hat, wie ein Wolff'sches Telegramm meldet, den Betrieb wegen Koksmangels theilweise eingestellt.

Fügen wir zum Schluß noch die Mittheilung an, daß nach Privattelegrammen des „Berliner Tageblatts" in Münster i. W. ein Bataillon Infanterie und eine Schwadron Kürassiere „in Bereitschaft" gehalten wird und aus Minden gestern ein Bataillon Infanterie in das Ruhrgebiet abgegangen ist, ferner, daß die Kohlendistrikte von Gendarmen und sonstigen Polizeibeamten überschwemmt sind, so wird kein Zug zu dem traurigen Bilde fehlen, das die heutige Gesellschaft mehr oder weniger stets dann bietet, wenn sie einmal dem Erzeuger aller Werthe, dem Arbeiter, sein Recht geben soll.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, 13. Januar.

Opernhaus. Die Hexe.
Schauspielhaus. Der Sturm.
Lessing-Theater. Heimath.
Wallner-Theater. Der Probepfeil.
Berliner Theater. Kean.
Ernst's Theater. Fritzchen und Lieschen. Oberst Lumpus. Der Schwur.
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Residenz-Theater. Familie Pont-Biquet.
Neues Theater. Die Lore. Die kleine Marquise.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das verwunschene Schloß.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Das Märchen der blauen Grotte. Vorher: „Othello's Erfolg" und „Das Versprechen hinter'm Heerd".
National-Theater. Maria Stuart.
Alexanderplatz-Theater. Der polnische Jude.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 20. Male:
Modernes Babylon.
Gesangsposse in 3 Akten v. **Ed. Jacobson** und **W. Mannstädt.** Couplets theilweise von **C. Görss.** Musik von **C. Steffens.** In Szene gesetzt von **Adolph Ernst.**
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Neu! Neu!
Der Volksmund in Berlin,
verf. u. vorgetr. v. **Alfred Bender.**
Neu! Die Tyroler Duettisten Neu!
Geschwister **Rainer.**
Jeden Abend jubelnder Beifall des Bauchredners **Blank** und der **Trockenwohner**
oder: Das Kind in der Konmode.
Realistisch-parodistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hofe aus.
Anfang 7½ Uhr, Sonntag 6½ Uhr.

Elegante Maskengarderobe
Große Hamburgerstr. 37 bei **Werbelow.**

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Freitag, den 13. Januar 1893,
Anfang 7 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.

☞ **Zum letzten Male:** Auf Helgoland **mit sämmtlichen bisher zur Darstellung gebrachten Einlagen. Grosses Brillant-Feuerwerk.** Außerdem u. a.: **Grande Quadrille de la haute équitation. Hippologischer Kongress** mit 36 der bestdressirten Freiheitspferde, vorgeführt vom Direktor **Fr. Renz. Mr. James Fillis** mit dem Schulpferd **Markir.** Auftreten sämmtlicher Künstlerspezialitäten 1. Ranges.

Sonnabend, Abends 7¼ Uhr: **Zum ersten Male:** Novität! ☞ **Ein Künstlerfest.** ☜ Novität! Große Ausstattungs-Pantomime v. Hofballetmeister **Siems. Mit überraschenden Wassereffecten** und auf das Glänzendste inszenirt vom Direktor **Fr. Renz.**

Sonntag: **2 Vorstellungen,** um 4 Uhr (ein Kind frei) und um 7½ Uhr.

Fr. Renz, Direktor.

Castan's Panoptikum.

Tai-za-Wunder.
Geheimnißvollste Seelenwanderung.
Lotosblume.
Fantoche-Theater.
Andere Illusionen.
Sämmtlich ohne Extra-Entree.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Wer ist der Vater?

Antwort
um 9 Uhr im
Passage-Panopticum.

Schmiedel's Festsäle,

Alte Jakobstr. 32,
neben dem Thomas-Theater.
Empfehle meine elegant ausgestatteten **Säle,** elektrisch beleuchtet, Theaterbühne ꝛc. zur Abhaltung jeder Art Festlichkeit unter koulanten Bedingungen.
G. Schmiedel Wwe.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Kollegen meines Mannes von der Firma Pintsch, welche meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen haben, und für die zahlreichen Blumenspenden, sage ich meinen tiefgefühltesten Dank. 888b
Ww. Schulz nebst Kindern.

Fabrikraum z. verm. Gitschinerstr. 64.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.

The Maakwoods, Mephisto-Akt.
3 Schwest. Peretti, preisgekr. Kunst-Radfahrerinnen
Braselli, amerikanische Produktion auf der freistehenden Leiter.
Mr. Rappos-Jessy, Jongleur- und Equilibristen.
Mlle. A. Bollena, vorzügl. Instrumentalist.
The Lee's, unbewachte Momente zweier Negersklaven.
Mr. Barnum m. s. dressirten Riesen-Doggen.
Theod. Zierrath, Original-Pannemann.
Lilly Wellini, Kostüm-Soubrette.

Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
mit großem Programm.
Anf. Wochent. 7½ Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Kassenöffnung 1 Std. vorher.
Entree 50 Pf.

Moritz-Platz. **Etablissement Buggenhagen.** Moritz-Platz.

Täglich: **Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Ausschank von **Patzenhofer Lagerbier,** hell und dunkel. ☞ An **Sonn-** und **Festtagen** findet das Konzert in den **oberen Sälen** statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten ꝛc.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77—79.

Täglich:
Germania-Konzert- u. Kouplet-Sänger.
Kinder 10 Pf.
Wochentags frei.
Sonntags 30 Pfennig.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
☞ **Zwei Säle** ☜
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen,
F. Sodtke.

Ein kleiner Proletarier ist angekommen. **Eduard Klage** und Frau, geb. Hannuschke, Ruheplatzstr. 25. [897b

Saal täglich frei Wörtherstr. 45. [860b

Deutscher Tischler-Verband (Zahlstelle Berlin).

Versammlungen

am **Sonnabend,** den 14. Januar, Abends 8½ Uhr, bei **Keller,** Bergstr. 68:

Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 15. Jan., Vorm. 10 Uhr, bei **Schöning,** Stallschreiberstr. 29:

Branche der Parquetbodenleger.

Tages-Ordnung: Der Abzug und die Entlassung der Kollegen bei der Firma **Mittag.** 316/16

Es ist Pflicht der Kollegen zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Allgem. Unterstützungsverein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Berlin.

☞ **Sonntag, den 15. Januar cr., Vorm. 10 Uhr,** ☜
im Restaurant **Kuhlmey,** Schönhauser Allee 28:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Richard Babiel** über: „Entwicklungsgesetze im Kampf um's Dasein". 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1892. 4. Vereinsangelegenheiten. 328/4

☞ Mit Rücksicht auf die an uns gestellten erhöhten Anforderungen werden die Kollegen ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Achtung! Schlesier! Achtung!

Oeffentl. Versammlung der Parteigenossen der Prov. Schlesien,
speziell aus dem Wahlkreise **Grünberg-Freistadt,**
☞ **behufs Gründung eines Agitationsvereins** ☜
am Sonntag, den 15. Januar, Vorm. 10 Uhr, 881b
bei Boltz (früher Feuerstein), Alte Jakobstraße Nr. 75.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Reiu:** Der Kampf ums Dasein und die Sozialdemokratie. Diskussion. 2. Statutenberathung und Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Verband der im Vergolder- und verwandten Gewerben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Filiale Berlin.

Montag, den 16. Januar, Abends 9 Uhr, bei Scheffer, Inselstr. 10:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht. 2. Kassenbericht vom 4. Quartal. 3. Abrechnung von der Matinee. 4. Neuwahl des gesammten Filialvorstandes und der Revisoren. 5. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen aller erwünscht. Die Billets zum Stiftungsfest gelangen ebenfalls zur Ausgabe und ersuchen wir um eine rege Betheiligung. Ferner erhalten alle neue Quittungsbücher, aber nur gegen Vorzeigung der alten, wenn sie voll sind. Nochmals fordern wir die Mitglieder auf, die Bücher der Bibliothek regelmäßig zu wechseln, besonders diejenigen, welche so lange im Rückstande sind, widrigenfalls deren Namen veröffentlicht werden. 335/4 **Die Ortsverwaltung.**

Große öffentliche Versammlung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 15. Januar 1893, Vormittags 10 Uhr,
bei Joël, Andreasstraße Nr. 21.

Tagesordnung:

1. Vortrag über das soziale Elend der Arbeiterklasse. Referent: Schriftsteller **Kokosky.** 2. Diskussion. 3. Abrechnung der Agitationskommission und Neuwahl derselben. 4. Bericht der Delegirten zur Streik-Kontrollkommission. 5. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung. Die Versammlung beginnt pünktlich und muß um 2 Uhr beendet sein. Ich ersuche die Genossen und Genossinnen dringend, in der Versammlung zu erscheinen, Pflicht und Ehre erfordert es. Auch die Genossen der Gummi- und Seifenbranche sind hiermit eingeladen. 160/8 **Der Einberufer.**

Verband der Sattler und Tapezirer.

Filiale Berlin.

Versammlung mit Frauen

Sonnabend, den 14. Januar, Ab. 8½ Uhr, bei Wisnocke, Alte Jakobstr. 83.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Lütgenau** über: „Das Verhältniß zwischen Religion und Ethik." 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Abrechnung vom 4. Quartal 1892 sowie von der Dampferpartie. 5. Wahl des gesammten Ortsvorstandes und der Revisoren. 6. Verschiedenes und Fragekasten.

Der wichtigen Tagesordnung halber werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen. 264/7 **Der Vorstand.**

Zahnarzt Rob. Wolf, Brunnenstr. 4 (Rosenth Th.). Künstl. Zähne v. 2 M. an Plomb. v. 1,50 M. an. Schmerzl. Zahnz. u. Reinig. d. Zähne 1 M. Sprechst. 8-7

Buchdruckerei von M. Schrinner

124 Brunnen-Straße 124 3371L
empfiehlt sich zur Anfertigung von **Drucksachen jeder Art.**

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ausstattungen in **Mahagoni** u. **Nußbaum; Küchenmöbel** empfiehlt; **Preislisten** auf Wunsch franco.
Franz Tutzauer, Berlin S.O., Köpnickerstr. 25.

Destillation und Restauration m. Vereinszimmer, sichere Existenz, billige Miethe, passend für Parteigenossen, sofort für Inventarpreis zu verkaufen. Zu erfragen Alt-Moabit 87, Laden.

Schankgeschäft, gut gehendes, ist Umstände halber sof. zu verkaufen bei Brückner, Lothringerstr. 67. 875b

8 Pfd. ff. Emmenthaler-, 18 Pfd. f. Limburger-, 9 Pfd. f. Schweizer-, 9¾ Pfund Bier-Käse je M. 6. Nachn. **J. Kofmann,** Käsef., München.

Genossenschafts-Brot Schöneberg, Kaiser Friedrichstr. 8, Richter. [898b

Homöopathische Klinik, Brunnenstraße 40. Spr. 11—12, 4—5. Stg. 9—10.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23. H. p**

Theiln. z. e. gemüthl. möbl. Schlafst. gef. b. Rochow, Großbeerenstr. 16.

Rechtsbureau des Königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 34952

50 kleine Wohnungen
zu verm., billiger und besser wie in Berlin, bei **Arthur Ziemer,** Charlottenburg, Goethestr. 67a, 10 Minuten vom Zoologischer Garten-Bahnhof. Auch drei Wohnungen Cuvrystr. 25. 3568L

Arbeitsmarkt.

Gesucht Politur-Arbeiter v. der Goldleisten-Fabrik: **Plagemann und Maack, Hamburg 3. V. N.** 886b

Arbeiterin auf Knabensachen verl. **Laser,** Wollinerstr. 46 IV. 892b

Tüchtiger Rahmenschneider verlangt Kottbuser Ufer 32. 878b

Versandt nach Auswärts.

„Zum Prophet"

Welthaus für Herren- u. Knaben-Garderoben
I. Etage. Am Dönhoffplatz. I. Etage.
Ecke Leipziger- und Kommandantenstraße.

Um zu räumen
kommen diese Woche zum Ausverkauf
ohne Rücksicht auf deren bisherige Preise:

Ein Posten	**Winter-Paletots**	von 8	M. an.
Ein Posten	**Rauch-Paletots** für starke Herren	„ 12	„ „
Ein Posten	**Pellerinen-Mäntel**	„ 10	„ „
Ein Posten	**Hohenzollern-Mäntel**	„ 21	„ „
Ein Posten	**hochfeine Paletots** in Frisé, Montagnac, Düffel, Velour mit Cloth-, Stepp- und Seidenfutter	„ 15	„ „
Ein Posten	**Kaiser-Mäntel**	„ 10	„ „
Ein Posten	kompl. blaue **Cheviot-Anzüge**	„ 10	„ „
Ein Posten	kompl. **feinere Anzüge**	„ 15	„ „
Ein Posten	**Gehrock-Anzüge,** hochfein	„ 26	„ „
Ein Posten	**Hosen** in Buxkin, Kammgarn ꝛc.	„ 4	„ „
Ein Posten	**Nouveauté-Hosen**	„ 6	„ „
Ein Posten	**Haus-** und **Jagdjoppen** in Loden ꝛc.	„ 6	„ „
Ein Posten	**Interims-Joppen,** elegant	„ 8	„ „
Ein Posten	**Schlafröcke** in Double ꝛc.	„ 7	„ „
Ein Posten	**Schlafröcke** in Velour, Frisé ꝛc.	„ 10	„ „
Ein Posten	**Westen,** hochfein	„ 1½	„ „
Ein Posten	**Knaben-Anzüge,** schwere Waare	„ 2½	„ „
Ein Posten	**Burschen-Anzüge** in Satin, Velour ꝛc.	„ 5	„ „
Ein Posten	**Jünglings-Anzüge** in Cheviot, Tuch ꝛc.	„ 7	„ „
Ein Posten	**Knaben-Paletots** mit und ohne Pellerine, sowie **Hohenzollern-Mäntel** zu äußerst billigen Preisen.		

Der Ausverkauf zu obigen Preisen dauert nur soweit der Vorrath reicht.

Elektrische Beleuchtung.

Telephon Amt I, 2611.

Nur Schneiderarbeit.

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW. Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 11. Freitag, den 13. Januar 1893. 10. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung vom 12. Januar 1893, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Graf von Caprivi, von Bötticher, von Marschall, von Berlepsch.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die von den Abgg. Auer und Singer eingebrachte und von der sozialdemokratischen Fraktion unterstützte Interpellation:

„Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Nothstande entgegenzuwirken, welche infolge andauernder Arbeitslosigkeit, vielfach vorgenommener Herabsetzung der Arbeitslöhne, sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse, in den weitesten Volkskreisen herrscht?“

Staatssekretär **von Bötticher** erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. **Liebknecht**: Der Nothstand und die Arbeitslosigkeit sind notorisch und werden von niemand in diesem Hause bestritten werden. Man hat zwar in der Presse unserer Interpellation eine demagogische Absicht zugeschrieben, im großen und ganzen aber hat sich die Presse von diesem Ton freigehalten. Mindestens ein Dutzend großer Städte Deutschlands hat die Nothlage anerkannt und sich zu Maßregeln der Abwehr entschlossen. Es hat auch hier freilich nicht an Ausnahmen gefehlt, wie z. B. in Chemnitz. Nach einem sächsischen Blatte ist man dort dem Versuch unserer Genossen, eine Statistik der Arbeitslosen anzulegen, polizeilicherseits durch ein Verbot der Vertheilung der Fragebogen entgegengetreten, weil dadurch möglicherweise das Publikum belästigt werden könnte. Der Nothstand wird bewiesen durch Verminderung der Sparkasseneinlagen im letzten Jahre. Der Nothstand beginnt also auch solche Kreise zu ergreifen, welche ihn früher nicht gekannt haben, denn die Arbeiter sind nur zum geringsten Theil in der Lage, in den Sparkassen Geld anzulegen. Ein weiterer Beweis ist die Abnahme der Fleischnahrung. Wenn der Mensch anfängt, an der Ernährung zu sparen, so hat ihn gewiß die Noth am Kragen gepackt. Nicht blos in Berlin, sondern auch an vielen anderen Orten hat der Genuß von Pferde- und Hundefleisch zugenommen. Ein weiterer Beweis ist die zunehmende Masse der Zwangsverkäufe und Konkurse. Die Berichte der Fabrikinspektoren reichen zwar weit zurück, aber auch sie bilden einen Beleg für den vorhandenen Nothstand, dem mit Privatmildthätigkeit nicht entgegengetreten werden kann. Die Gemeinden haben schon gethan, was sie thun konnten, ebenso auch die Einzelstaaten. Es ist Aufgabe und Pflicht des Reiches, von oben herab die Bestrebungen zur Abhilfe zu regeln und mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir haben es hier mit einer internationalen Erscheinung, welche sich in allen Kulturstaaten gleichmäßig geltend macht, also nicht mit einer zufälligen zu thun, sondern mit einer, die nothwendig aus dem Organismus der heutigen Gesellschaft hervorgeht. Eine Heilung ist nur möglich auf organischem, nicht auf mechanischem Wege. Palliativmittel können nur für den Moment nützen. Darum muß das Deutsche Reich, welches sich auf dem Gebiete der Sozialreform voranzugehen die Aufgabe gestellt hat, auch hier die Initiative ergreifen. In Frankreich, Belgien, England, Spanien, Portugal und Amerika, überall werden Versammlungen der Arbeitslosen abgehalten. Niemand kann sagen, wann diese Weltkrisis angefangen hat und wann sie enden wird. Die Ursache liegt in der kapitalistischen Produktionsweise. Den Ausschlag giebt dabei allein der persönliche Vortheil. Wer das Kapital hat, sucht nicht den Vortheil der Allgemeinheit, sondern er versucht, die Konkurrenz mit größerer Kapitalkraft niederzuwerfen. In diesem anarchistischen Kampf geht jeder auf eigene Faust vor, und jede Harmonie zwischen Produktion und Konsumtion fehlt. Das große Kapital vernichtet natürlich das kleine, und der Mittelstand wird wie zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben. Der Kapitalismus vermindert die Zahl der Arbeiter, indem er sie durch die Maschinen ersetzt. Die Maschine ist nicht der Helfer, sondern der Feind des Arbeiters geworden. Wir haben 5000 Millionen Menschenkräfte von Eisen in Form von Maschinen und nur 100 Millionen Arbeiter. Die offizielle „Leipziger Zeitung“ hat in einem Artikel „Die Schwindsucht des Mittelstandes“ nachgewiesen an der Hand der Einschätzungsziffern der letzten neun Jahre, daß der Antheil des Mittelstandes an der Steuer rapide abgenommen und der des großen Kapitals riesig zugenommen hat. Von fortschrittlicher Seite hat man darauf hingewiesen, daß dem Niedergange des Kleinhandwerks gesteuert werden könne durch die Anwendung elektrischer Maschinen. Ganz dasselbe hat man seiner Zeit bei der Erfindung der Nähmaschinen prophezeit, die armen Näherinnen verdienen aber nicht mehr, sie haben nur mehr zu produziren und zwar für den Arbeitgeber, den Kapitalisten. Die elektrischen Maschinen werden nicht die Konkurrenz des Kapitals aufhalten, sondern nur eine andere Form der Sklaverei bilden. Auch der Mittelstand in der Landwirthschaft ist in stetem Niedergange begriffen. In Posen und Schlesien ist eine große Anzahl selbständiger Bauerngüter in den letzten zehn Jahren verschwunden. Dasselbe ist auch in Amerika der Fall, was sich die Herren Antisemiten gesagt sein lassen mögen. Die Juden bilden in Amerika nur einen winzigen Bruchtheil der Bevölkerung, und doch befindet sich jetzt der Grundbesitz zum großen Theil in den Händen der Kapitalisten. In Bayern betrug 1883 die Zahl der Grundbesitz habende Einwohner noch $^2/_3$ der Gesammtbevölkerung, heute ist es nicht mehr die Hälfte. Der Grundbesitz ist aufgerieben worden durch die Thätigkeit des Kapitals und durch das Gesetz, nach welchem die Großen die Kleinen pressen. Bei den Bierbrauereien sehen wir dasselbe, die Großbetriebe mehren sich, die selbständigen Existenzen nehmen ab. Die Hoffnung, daß es gelingen wird, die kleinen Betriebe zu erhalten, kann sich unmöglich erfüllen, denn das widerstreitet dem ganzen kapitalistischen Entwickelungsgesetz. Wir verlangen von dem Staat selbstverständlich nicht, daß der Zukunftsstaat proklamirt werden soll, daß die kapitalistische Gesellschaft abgeschafft wird. Wir wollen auch praktische Politik treiben. Aber das Deutsche Reich würde sich das traurigste Armuthszeugniß ausstellen, wenn Sie gegenüber der jetzt bestehenden Nothlage und der Thatsache, daß sie in immer kürzeren Perioden und immer intensiver wiederkehren wird, sagen: non possumus, non volumus. Hier heißt es: hic Rhodus, hic salta! Wenn man nicht Bankrott erklären will, muß man die Wechsel, die man ausstellt, im Inlande und Auslande eskomptiren. Sie wollen dem kleinen Mittelstande helfen durch Innungsgesetze. Zeigen Sie mir doch einen einzigen Mann, der wirklich durch Ihre Innungsgesetze in die Höhe gekommen ist! Der Mittelstand, an dem seit den letzten zehn Jahren fortwährend herumgedoktert worden ist, kommt trotz aller Mittelchen immer weiter und weiter herunter, nicht infolge der Faulheit der Leute und der Agitation der Sozialdemokraten, sondern durch den Prozeß der kapitalistischen Entwickelung. Ein anderes Rezept soll die Doppelwährung sein. Wenn das Gold aus der Welt geschafft wird, dann soll alles Elend beseitigt sein. Ich weiß nicht, ob die Herren, welche das sagen, das auch wirklich glauben. Ich möchte Ihnen Gelegenheit geben, zu zeigen, was Sie mit der Doppelwährung nützen können: schon nach einem Jahre würden Die, die sich jetzt an Ihre Rockschöße hängen in der Hoffnung auf Erfolg Ihrer Absichten, Sie steinigen. Ich will Ihnen einige Maßregeln anführen, die schon auf dem Boden der heutigen Gesellschaft einen bestimmten Erfolg schaffen können. Das ist z. B. die Einführung des Normalarbeitstages. Wir wissen wohl, daß ein Normalarbeitstag von 8, 7, ja auch von 6 Stunden es nicht möglich machen wird, auf dem Boden der heutigen kapitalistischen Gesellschaft allen Arbeitern Arbeit zu verschaffen; aber er wird außerordentliche Vortheile physischer und moralischer Natur für die Person der Arbeiter mit sich bringen. Der Staat als Arbeitgeber muß aber selbst auf seinen eigenen Gruben mit einem wirklichen Normalarbeitstag vorangehen und dafür sorgen, daß eine möglichst große Zahl von Arbeitern beschäftigt wird, freilich nicht in der Weise, wie bei dem Dortmund-Ems-Kanal, wo man ausländische Arbeiter angenommen hat. Nicht das verwerfen wir, die wir auf dem Boden der Internationale stehen, daß überhaupt ausländische Arbeiter angenommen werden, aber was wir verwerfen, ist, daß der ausländische Arbeiter zu einem billigeren Preise angestellt und dadurch die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters herabgedrückt wird. Eine weitere Regelung der Arbeit liegt darin, daß die Sonntagsruhe weit ausgedehnt, daß die Sonntagsarbeit vollkommen abgeschafft werde. Auch dadurch wäre eine größere Gelegenheit geboten, eine große Anzahl von Arbeitslosen zu beschäftigen. Der Staat muß ferner dafür sorgen, daß die Arbeiter sich organisiren können zu selbständigen Verbänden, welche sie widerstandsfähig machen gegen die Konjunktur der Geschäfte. In England, wo die Arbeitsorganisation vollkommen ausgebildet ist, kommen keine kleinlichen Streiks vor. Da wird entweder zwischen Arbeitern und Arbeitgebern eine Vereinbarung getroffen und Frieden geschlossen oder es kommt zu großartigen, gewaltigen Kämpfen. Der Arbeiter muß auf seine eigenen Füße gestellt werden. Die französische Regierung hat Arbeiterbörsen errichtet und den Arbeitsnachweis konzentrirt. Eine weitere Abhilfe ist, daß man von der Politik Abstand nimmt, welche jetzt die Lebenshaltung der Arbeiter verkümmert, daß man bricht mit der bisherigen Schutzzollpolitik, daß namentlich die Kornzölle beseitigt werden, daß der Politik, welche nach Bismarck dazu dient, Millionäre zu züchten, der Laufpaß gegeben wird. Was hat nun der Staat bisher von alledem gethan? Dem Normalarbeitstag hat man sich mit Händen und Füßen widersetzt, das bischen Sonntagsruhe nach allen Richtungen hin beschränkt. Den Staat als Arbeitgeber haben wir in den Saarbrücker Kohlenbergwerken. Daß dort ein Streik überhaupt möglich war, ist eine scharfe Verurtheilung der ganzen Sozialpolitik im Reiche und in Preußen. Wenn Männer, Frauen, Kinder vom ersten bis zum letzten mit wahrem Ingrimm, trotzdem sie wissen, daß die Sache hoffnungslos und verloren ist, sich in einen Streik stürzen, dann muß schwere Schuld vorliegen. In einer Zeit, wie der jetzigen, geht kein Mensch in einen Streik, der ihm nicht aufgezwungen wird durch bittere Noth oder furchtbaren Ingrimm, wie er fühlt, daß er nicht so behandelt worden ist, wie es Menschen geziemt. Allerdings können wir auch begreifen, wie dieser Ingrimm entstanden ist. Schon in dem Moment, wo die neue Arbeitsordnung bekannt wurde, schrieben wir im „Vorwärts“; wenn der Ausstand überhaupt an den Haaren herbeigezogen werden könne, dann werde er dadurch herbeigezogen werden. Die Behandlung der Leute seitens der Aufseher und Beamten war früher eine anständigere, die Löhne genügten einigermaßen, eine Zeit lang ging alles gut. Dann wurde das Gedinge in den Zechen heruntergesetzt, es folgte die Herabsetzung der Löhne, dann kam die Gewerbenovelle und damit Verschlechterungen, welche den Arbeiter zur Unzufriedenheit trieben. Was aber dem Faß den Boden ausschlug, das war die neue Bergordnung. Sie ist geradezu eingerichtet, um künstlich einen Streik zu züchten. Die Arbeiter suchten sich einen Rechtsschutzverein zu gründen, um ihre Interessen zu wahren. Dieser wurde gemaßregelt, die Führer weggeschickt, ein schroffer Ton angenommen, das Nullen wieder eingeführt. Es wurden Bestimmungen eingeführt, welche es ermöglichten, den Arbeitern bei den kleinsten Anlässen große Geldstrafen für winzige Versehen aufzulegen. Kurz, Herabdrückung der Lage der Arbeiter und Maßregelung aller derer, die die Arbeiter zu organisiren suchen, hat zu dem Streik geführt. Ein freundliches Wort in dieser Zeit hätte zum Aufgeben des Streiks geführt, statt dessen wird den Arbeitern gesagt: Erst anfahren, dann unterhandeln! Ist das nicht ein Hohn, der die Arbeiter erbittern muß, ein wahrhaft russisches Wort? Erst auf die Knie, dann wirst du meine Gnade zu fühlen bekommen! Das hat der Arbeiter natürlich nicht gethan. In Unternehmerkreisen ist es ausgesprochen: wenn die Arbeiter nicht Ordre pariren, dann wird man Kulis einführen. Die Herren, welche das Wort „national“ im Munde führen, wollen den deutschen Arbeiter durch den Kuli ersetzen! Auch in der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ ist es ausgesprochen, daß man bisher gegen den Arbeiter, speziell in den Kohlenbergwerken, zu nachsichtig gewesen sei, und es wird die Frage aufgeworfen, ob man nicht umkehren müsse auf der Bahn, die man bisher gegangen. Das läßt nicht erwarten, daß bedeutende Leistungen auf sozialpolitischem Gebiet stattfinden werden. Das soziale Problem ist durch den Nothstand und die Arbeitslosigkeit vor die Reichsregierung wie vor alle Regierungen gestellt, und sie muß ihm näher treten. Je mehr man zögert, desto schwieriger wird die Lösung der Frage. Man wollte doch in Deutschland aus dem Manchesterthum heraus, der Staat sollte in die Arbeitsverhältnisse eingreifen: jetzt heißt es thun, was man versprochen hat. Der neue Fürst hat wenigstens dem Worte nach die Erbschaft des alten angetreten, welcher die Sozialpolitik in Angriff genommen hatte. In Sachsen soll man hoffen, daß die Mac-Kinley-Bill aufgehoben und bedeutende Bestellungen aus Amerika einlaufen werden, aber die Frage wird erst im nächsten Herbst den amerikanischen Kongreß beschäftigen, der damit keine Eile haben wird. Das Großkapital hat in Amerika eine noch viel größere Macht als bei uns, und die Ermäßigungen des Tarifs werden keineswegs weniger bedeutend sein. Die Hoffnungen der Industrie werden später unzweifelhaft einen Rückschlag und eine Verschlimmerung der Verhältnisse zur Folge haben. Jetzt, wo man die Militärvorlage mit ihren enormen Kosten eingebracht hat, sollte man auch daran denken, daß es auf 1 Million mehr oder weniger nicht ankommt, wenn es gilt, für die Noth des Volkes etwas zu thun. Ein Arbeitsminister, der, wie in einem bekannten Roman, ein Budget von Milliarden vorlegte, könnte allerdings sagen: die Existenz Deutschlands hängt von der Annahme dieses Friedensbudgets ab. Aber dies von der Militärvorlage behaupten, heißt die Dinge sehr verkennen. Die Existenz Deutschlands hängt vor allen Dingen ab von seinem arbeitenden Volke. Die Herren drüben, die sich immer staatserhaltend nennen, bringen uns niemals den Frieden, den bringt nur die Beseitigung des Elends durch eine vernünftige Organisation der Arbeit. Staatserhaltend ist nicht die Kapitalisten-, sondern die Arbeiterklasse. Alle anderen Klassen könnten aus dem Lande hinausgehen, ohne daß das Land zu Grunde ginge. Wenn nicht von oben herab auf die Bahn einer vernünftigen Sozialpolitik eingelenkt wird, dann wird es nothwendig von unten geschehen. Welche Antwort wir auch auf unsere Interpellation erhalten — ich kann mir ja denken, wie sie ausfällt —, das arbeitende Volk erwartet aus dem Munde der Reichsregierung jetzt sein Urtheil.

Staatssekretär **v. Bötticher**: Die Interpellation hat einen viel engeren Inhalt als die Begründung des Vorredners. Eine Reihe der Forderungen, die er heute gestellt hat, sind schon früher aufgestellt worden und haben weder den Beifall der Mehrheit des Hauses noch der Regierung gefunden. Wir werden wohl noch öfter von den Herren darauf angeredet werden, den Normalarbeitstag einzuführen, die Kinderarbeit abzuschaffen u. s. w., und es wird sich dann auch darauf antworten lassen. Der Vorredner hat ein so düsteres Bild von der Lage des Landes gegeben, daß, wenn es mit der Wirklichkeit übereinstimmte, die Initiative für die Reichsregierung vielleicht gegeben wäre. Zunächst hat das Reich solche Initiative nicht, sondern die haben Staaten und Kommunen, und von keiner Seite ist an die Reichsregierung dieses Verlangen gestellt worden. Daraus ziehe ich den Schluß, daß ein solcher allgemeiner Nothstand nirgends besteht (Hört! hört! links), ja, ich werde nachweisen, daß er gar nicht bestehen kann. Alle seine Behauptungen hat der Vorredner beweislos hingestellt. Die Arbeitslosen-Versammlungen sind keineswegs allein von Arbeitslosen besucht, welche berathen wollen, wie dem Hunger zu wehren sei. So verhält es sich bezüglich einer angeblichen Arbeitslosen-Versammlung in Berlin, wo der einzige Vorschlag, der Noth zu steuern, indem man sich an den Minister der öffentlichen Arbeiten wende, in der Minorität blieb. (Heiterkeit.) Nothstände, wie sie in harten Wintern immer eintreten, liegen auch heute vor, und wir erkennen sie an; aber sie nöthigen nicht zu außerordentlichen Maßnahmen der Reichsregierung. Die Industrie hat eine Steigerung ihrer Beschäftigung im vergangenen Jahre erfahren, mit der wir im allgemeinen zufrieden sein können. Die Verminderung der Sparkassen-Einlagen, die thatsächlich eingetreten ist, geht zum Theil darauf zurück, daß vielfach die Sparkassen den Zinsfuß reduzirt haben. Eisenbahn- und Posteinnahmen sind gestiegen. Das sind keine Zeichen allgemeinen Nothstandes. Die Regierung wird aber den Einzelstaaten und Kommunen die möglichste Fürsorge für die Nothleidenden empfehlen. In Sachsen ist von den dazu bereit gestellten Mitteln noch kein Gebrauch gemacht worden. Nun hat der Vorredner den Saarbrückener Ausstand angezogen; ich weiß nicht, ob das im Interesse der interpellirenden Partei liegt. Ein ungerechtfertigterer und unüberlegterer Ausstand wie dieser ist mir noch nicht vorgekommen (Zustimmung und Widerspruch); der Streik ist geradezu frivol. (Zustimmung rechts.) Forderungen an die Bergverwaltung, die durch den Streik erzwungen werden sollen, sind nicht gestellt. Der Streik ist ausgebrochen aus heiterem Himmel, unter Hintansetzung jedes Rechtsgefühls. An die Herren sozialdemokratischen Vertreter kann ich nur die Bitte richten: Wenden Sie Ihren ganzen Einfluß an, dafür zu sorgen, daß ähnliche Streiks nicht von neuem in Szene gesetzt werden, der Jammer, das Elend und die Noth nicht zum zweiten Male über die Häupter der Provokatoren solcher Streiks kommen, daß den Leuten klar gemacht wird, daß Rechtsbruch und Auflehnung gegen die Staatsgewalt in unserem Lande keine Aussicht auf Erfolg haben. (Bravo rechts.) Wenn Sie dieser Aufforderung folgen, dann werden Sie das Beste und Vernünftigste gethan haben, was Sie in diesem Augenblick zur Beseitigung des Nothstandes thun können. (Beifall rechts.)

Auf Antrag des Abg. **Singer** tritt das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (R.-P.): In dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ habe ich Ausführungen gefunden, daß Zufriedenheit eine Krankheit, der Beginn alles Uebels ist, daß sie der Anfang einer Gehirnkrankheit ist. Bei solchen Aufhetzereien können die Arbeiter allerdings nicht zur Ruhe kommen. Wie haben sich die Arbeiter mit dem ehernen Lohngesetz aufgeregt. Nachher habe sie es auf Anweisung von London aus fallen gelassen. Es ist bedauerlich, daß das Werk von Julius Wolf in Zürich „das System der Sozialpolitik“ nicht genügende Aufmerksamkeit gefunden hat. (Zuruf links: Olle Kamellen!) Es enthält sehr richtige Anschauungen. Es wird daselbst z. B. nachgewiesen, daß ein Rückgang des Fleischkonsums in einem Jahre wenig zu bedeuten hat; denn der Rückgang ist kein so bedeutender, daß ein Mißverhältniß gegen die Zeit vor 20, 30 oder 40 Jahren eingetreten wäre. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist in den letzten Jahrzehnten erheblich gestiegen, und die natürliche Entwicklung bringt immer weitere Steigerungen derselben mit sich. Aber die Sozialdemokraten thun nichts, um die natürliche Entwicklung zu fördern, im Gegentheil, sie treten ihr hindernd entgegen. Die Sozialdemokraten machten im Fall Baare die deutsche Waare dem Auslande verdächtig und schädigten damit die Industrie und die Arbeiter. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung soll Arbeit schaffen. Als aber die Regierung eine Panzerkorvette etwas früher bestellen wollte, um Arbeit zu schaffen, da sind Sie mit Lächeln darüber hinweggegangen und Sie haben mich ausgelacht, als ich bei der Militärvorlage nachwies, daß dieselbe der Industrie erhebliche Arbeit liefere. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Streik beruht lediglich auf den Aufhetzungen der Sozialdemokratie, die den Streik allerdings prinzipiell verdammt, ihn aber indirekt fördert, wofür die Rede des Abg. Liebknecht der beste Beweis war. Der Streik fällt immer zu Gunsten der Sozialdemokratie aus. Ist er siegreich, dann triumphirt die Sozialdemokratie; ist er erfolglos, dann wird die Zahl der Unzufriedenen vermehrt! Der Streik der Arbeiter ist weniger zu fürchten, als der Streik der Arbeitgeber, und ich glaube, wir nähern uns schon jetzt dem Punkt, wo die Arbeitgeber ihre Arbeit einstellen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Bei den gegenwärtigen Verhältnissen ist es begreiflich, wenn ängstliche Gemüther unter den Arbeitgebern sagen: Wir ziehen uns zurück und kaufen ausländische Papiere. Die Interpellation ist geradezu eine Ironie auf den Streik, der für Hunderttausende Existenzen erhebliche Verluste mit sich bringt. Sie werden sagen: Wir Salonsozialisten (Heiterkeit) können nichts für den Streik; sie werden sich die Warken und Genossen von den Rockschößen abschütteln. Aber wir müssen die Streikführer als Sozialisten betrachten. Jede neue Nummer des „Vorwärts“ liefert den Beweis dafür. Der Nachfolger des ins Gefängniß gesetzten Warken ist auch ein offizieller Sozialdemokrat. Es bestand im Saarbrücker Revier eine Unzufriedenheit der Bergleute, die ich nicht für berechtigt halte, die aber begreiflich ist. Die Löhne sind etwas herabgesetzt worden. Die Arbeiter hatten sich an höhere Ausgaben gewöhnt. Man hatte eben früher die Löhne zu stark erhöht, ohne zu bedenken, daß sie auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden können. 4,50 M. ist ein Lohn, den wenige Arbeiter verdienen, der dreimal höher ist als in den meisten Gegenden der Tagelohn. Auch über den Steigerparagraphen der Arbeitsordnung waren die Leute unzufrieden; aber erst nach Aufhetzung durch sozialdemokratische Blätter, denn diese Bestimmung ist aus der Gewerbe-Ordnung übernommen. Der Rechtsschutzverein wollte eine Kraftprobe machen; das beweist der Aufruf, den Warken erlassen hat. Der Rechtsanwalt, den der Rechtsschutzverein für sich gewonnen hat, will den Rechtsschutzverein zur höchsten Potenz im Saarrevier machen (Zuruf des Abg. Singer: Ist der etwa auch Sozialdemokrat?). Ja, er hat sozialdemokratische Allüren und wird der Partei alle Ehre machen (Zuruf des Abgeordneten Singer: Aber wir bedanken uns dafür!) Es ist der Sozialdemokratie gelungen, die bisher so ruhige gottesfürchtige Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten zu veranlassen. Woran liegt das? Vor 8 Jahren war keine Spur davon zu merken. Die Arbeiter müssen verwirrt werden, wenn sie in den Versammlungen immer die Aufhetzereien der sozialistischen Agitatoren hören und in dem sozialdemokratischen Blatte „Stahl und Eisen“ sozialistische Anschauungen vertreten finden. Dazu

kommt, daß den Arbeiterausschüssen zum Theil große autoritative Befugnisse eingeräumt sind, nicht nur in bezug auf die Reglements u. s. w., sondern namentlich auch in bezug auf den einzelnen Mann. Es kann sich infolge dessen niemand dem Einfluß der Arbeiterausschüsse, die durch geheime Wahlen gewählt sind, entziehen. In den benachbarten Bezirken sind die Arbeiter zufrieden, weil sie fühlen, daß die Autorität der Arbeitgeber sie schützt gegen den Terrorismus der anderen Arbeiter. Die Proklamation der Streikenden bedrohte die Arbeitslustigen. Wenn die Zahl der Streikenden wieder abgenommen hat in den letzten Tagen, so ist dies dem Einschreiten der Gendarmerie zuzuschreiben, welche die arbeitenden Bergleute schützt. Die Arbeitgeber allein waren dazu nicht im stande. Hätte die Bergverwaltung gleich am ersten Tage die Aufforderung an die Bergleute gerichtet: wer die Arbeit binnen 4 Tagen nicht wieder aufnimmt, wird entlassen, so hätte der ganze Ausstand nicht solche Ausdehnung genommen. Die Privatgruben haben die kontraktbrüchigen ausständigen Arbeiter sofort aus ihren Arbeiterwohnungen entfernt. Die staatliche Bergverwaltung hat aber den Kündigungstermin dafür innegehalten. Zehn Tage lang wartete die Staatsverwaltung, dann schickte sie 500 Leuten die Abkehrscheine. Ich vertrete den Grundsatz, daß der Staat ebenso wie jeder Arbeitgeber berechtigt ist, jeden, der sozialdemokratischen Tendenzen Vorschub leistet, aus seinem Geschäft zu entfernen. Wenn heute noch das Sozialistengesetz bestünde, wenn der § 153 der Gewerbe-Ordnung in der vorgeschlagenen Fassung angenommen wäre, dann könnte man auch sozialistische Agitatoren in den Betrieben beibehalten. Will der Staat in diesen Zuständen nichts ändern, dann muß er die Gruben verkaufen, aber er muß auch die Eisenbahnen verkaufen; denn wenn bei den Eisenbahnen dasselbe passirt, was bei den Gruben passirt, dann sind wir ruinirt. Das System des Arbeiterschutzes halte ich für nützlich, aber es muß eine scharfe Repression gegen die Sozialdemokratie zur Seite haben, damit nicht die Vortheile, welche den Arbeitern zugewendet werden, von den sozialdemokratischen Agitatoren in das Gegentheil verkehrt werden. Alle Wohlthaten verschwinden, wenn die Arbeiter nicht in ihrer Freiheit geschützt werden gegen den sozialdemokratischen Terrorismus. Der Staat wird dem Nothstand abhelfen können, entweder im Wege des Sozialistengesetzes oder wenn das nicht zu stande kommen sollte, in dem Wege der Selbsthilfe. Der große Kladderadatsch wird kommen, aber nicht infolge unserer heutigen Wirthschaftsordnung, sondern infolge der mangelnden Energie der Arbeitgeber und nicht zum wenigsten der fiskalischen Betriebe. (Beifall rechts.)

Preußischer Handelsminister **von Berlepsch**: Die Behauptung, daß die allgemeine Unzufriedenheit, der allgemeine Nothstand den Ausstand hervorgerufen hätte, ist durchaus unrichtig. Der Rechtsschutzverein hatte das Gefühl, daß sein Einfluß im Schwinden begriffen sei; er benutzte die Erregung, welche über die neue Arbeitsordnung vorhanden zu sein schien, um zum Ausstand aufzufordern. Die Belegschaft folgte in überraschend großer Zahl der Aufforderung zum Ausstand, einschließlich der Maschinisten, deren Arbeit unbedingt nothwendig ist, wenn die Gruben nicht ersaufen sollen, wodurch jede Arbeit unmöglich gemacht wird. Die geringste Ueberlegung hätte den Führern sagen müssen, daß bei den jetzigen Verhältnissen der Ausstand unter allen Umständen erfolglos sein müßte. Daß trotzdem der Ausstand erfolgt ist, ist ein Beweis von der geringen Einsicht der Arbeiter und von der Frivolität der Führer, welche den Streik provozirten. Der Redner legte darauf die Lohnverhältnisse im Saarrevier dar; der kleine Rückgang der Löhne steht im Zusammenhang mit dem Rückgang der Kohlenpreise; die letzteren seien über 12 pCt. zurückgegangen, die ersteren dagegen nur um 7 pCt. Die Löhne der Bergarbeiter in den Bezirken der anderen Bergämter sind erheblich niedriger. Nun wird behauptet, daß in vielen einzelnen Fällen sich die Löhne erheblich geringer stellen. Die Verwaltung ist solchen Behauptungen sofort nachgegangen. In der Versammlung sprach eine Frau von dem Hungerlohne ihres Mannes, und die Bergverwaltung stellte fest, daß der Mann der betreffender Frau ganz erheblichen Verdienst hatte. Ebenso lag es in anderen Fällen. Die Arbeitsordnung enthält über die Dauer der Arbeit keine schlechteren Bestimmungen als früher. Früher wurde die Einfahrts- und Ausfahrtszeit nicht mitgerechnet, die Arbeitszeit dauerte 8 Stunden. Jetzt heißt es: Die reine Arbeitszeit dauert 8 Stunden; werden zur Ein- und Ausfahrt mehr als eine Stunde gebraucht, so wird dieses Mehr auf die Arbeitszeit angerechnet. Hier liegt also kein Grund zum Ausstande vor. Die Arbeitsordnung enthält meistens Bestimmungen, die schon in der alten Arbeitsordnung enthalten war. Eine wesentliche Differenz besteht nur bezüglich der sogenannten Lehrhauer, die eine Zwischenstufe zwischen den Vollhauern und den Schleppern bilden. Durch die Einstellung der Lehrhauer sollen die jugendlichen Arbeiter mehr unter die Autorität der Eltern gestellt werden. Die Bestimmung hat aber auch die Absicht, die Unglücksfälle zu vermindern, weil jetzt die Unglücksfälle vielfach durch Steinfall hervorgerufen werden, der durch Mangel an Erfahrung und Unvorsichtigkeit bei der Arbeit veranlaßt wird. Die Einführung der Lehrhauer ist vom preußischen Abgeordnetenhaus gewünscht worden; diese Bestimmung wird auf Fällen in der Arbeitsordnung stehen bleiben. Es wird über die schlechte Behandlung der Leute geklagt. Ich bin nicht in der Lage, zu kontroliren, ob das hin und wieder vorgekommen ist. Aber seit 3 Jahren ist nicht eine einzige Beschwerde nach dieser Richtung hin in meine Hände gelangt. Ich kann daher diese Klagen nur für übertrieben halten. Herr Liebknecht behauptet, daß ein Telegramm des kurzen Inhalts ergangen sei: erst anfahren, dann verhandeln. Mir ist von einem solchen Telegramm nichts bekannt. Sachlich ist dieses Telegramm vollständig richtig; formell ließe sich über die Sache streiten, man müßte erst wissen, wie der Wortlaut des Telegramms war. Weder nach der Richtung der Löhne, noch der Arbeitszeit, noch der Arbeitsordnung, noch der Behandlung der Bergleute liegt ein Grund zum Ausstand vor, trotzdem ist es dem Rechtsschutzverein gelungen, 30 000 ruhige Bergleute zum Ausstand zu bewegen. Es ist das wohl nur möglich, weil die Erregung vom früheren Ausstand her noch nicht ganz verschwunden ist. Bemerkenswerth ist dabei, daß vier der Führer des Rechtsschutzvereins wegen Unterschlagung von Vereinsgeldern verhaftet worden sind. Ich bin der Meinung, daß die Führer des Vereins zum größten Theil Sozialdemokraten sind, soweit sie überhaupt wissen, was sie sind; das ist immer zweifelhaft, namentlich bezüglich des Rechtskonsulenten, dessen sie sich jetzt bedienen. Er hat erklärt, daß seine politische Erfahrung bisher noch keiner politischen Partei zugereift sei. (Heiterkeit.) Wenn der Reifezustand eintritt, dann fällt die Frucht unzweifelhaft der Sozialdemokratie zu. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten; Heiterkeit rechts). Warken hat die Arbeiter zum Ausstand aufgefordert unter dem Motto: Wahrheit, Freiheit und Recht! Statt Wahrheit hätte er lieber Lüge sagen sollen; denn er hat behauptet, es sei eine Kündigung erfolgt. Das ist durchaus unwahr, ebenso unwahr, wie die Behauptung, daß die Lage niemals so günstig war wie jetzt. Es hat wohl keinen ungünstigeren Moment gegeben als gerade jetzt. Auch die Oberschlesier wollte er zum Streik veranlassen; er versprach ihnen reichliche Unterstützung. Nicht die Freiheit, sondern der Zwang herrscht gegenüber denen, welche arbeiten wollen, und mit einem Rechtsbruch hat die ganze Sache begonnen. In der Härte der Bergwerksverwaltung hat kein Anlaß zum Ausstand vorgelegen. Diese Dinge gehören eigentlich in das preußische Abgeordnetenhaus. Ich muß die Verwaltung aber gegen allgemeine Angriffe in Schutz nehmen. Die Bergwerksdirektion in Saarbrücken hat es abgelehnt, mit den Delegirten des Rechtsschutzvereins zu verhandeln, sie hat die Arbeiter auf die Folge des Streiks aufmerksam gemacht. Der Vorredner hat verlangt, daß Mitglieder des Rechtsschutzvereins nicht auf den fiskalischen Werken arbeiten dürfen; er hat ferner verlangt, daß gleich nach Beginn des Streiks die Abkehr hätte angedroht werden müssen. Ich halte diese Maßregel nicht für zweckmäßig, sogar für schädlich. In der ersten Erregung hätte eine solche Ankündigung der Abkehr keinen Eindruck gemacht; denn hätte die Verwaltung wirklich 25 000 Mann abkehren sollen? Sie könnte nachher nicht nachgeben und die Leute doch wieder anstellen. Die Bergwerksverwaltung hat andere Wege eingeschlagen, die zum Ziele führen. Diejenigen, welche agitiren, hetzen und die Verwaltung verleumden, 500 Personen, sind abgekehrt worden. Ferner wird eine Anzahl von Arbeitern entlassen werden, wie die Konjunktur es bisher schon erfordert hätte. Die Verwaltung hat bisher die Belegschaft von 30 000 Mann vollständig behalten. Diese Rücksicht auf die Arbeiterschaft kann aber nach dem Kontraktbruch nicht mehr ausschlaggebend sein. Die Rücksicht auf die Konjunktur wird jetzt mehr maßgebend sein, so lange, bis wir wieder eine Belegschaft haben, die nicht jedem wahnsinnigen Führer blindlings folgt. Die Frage, ob gegen den Rechtsschutzverein vorgegangen werden soll, muß, zumal sie von einem Ressort nicht allein entschieden werden kann, vorbehalten bleiben. Das Koalitionsrecht der Arbeiter soll nicht beschränkt werden. Aber wenn ein Verein die Arbeiter verhetzt und die Verwaltung unbegründet angreift, dann handelt es sich nicht mehr um das Koalitionsrecht der Arbeiter. Das Nähere darüber muß ich mir vorbehalten. Ich bedauere die Angriffe des Herrn von Stumm auf die Bergwerks-Verwaltung. In einem Augenblicke, wo der Ausstand noch nicht beseitigt ist, sollte man doch die Stellung und Autorität der Bergwerksdirektion in Saarbrücken nicht erschüttern. Welche Wirkung soll eine Kritik der Vergangenheit jetzt haben? Hatte diese Kritik nicht Zeit, bis der Vorredner in seiner Eigenschaft als Herrenhausmitglied dieselbe vorbringen konnte? Ich nehme für die Zukunft den Rath erfahrener Männer, zu denen ich auch Herrn von Stumm rechne, gern an; aber jetzt muß die Verwaltung freie Hand haben. Ich habe der Bergwerksdirektion erklärt, daß ich ihr nicht jede einzelne Maßregel vorschreiben will, sie muß freie Hand haben. Nach einem Programm, welches sie vorgelegt hat und welches ich gebilligt habe. Herr von Stumm beruft sich auf das Urtheil der Handelskammer von Saarbrücken und der dortigen Industriellen. Ich berufe mich auf die dort thätigen Beamten, deren Autorität mir höher steht als die der Industrie, welche die ganze Frage aus einem andern Gesichtspunkte ansieht. Ich theile den Wunsch, den Ausstand beigelegt zu sehen, weil jeder Tag Verlust an Kohlen einen Ausfall für die Arbeiterschaft bedeutet. Die Bergwerksdirektion mußte nach einem Mittel suchen, welches dauernd der Kalamität entgegentritt, und nicht den Streik für heute unterdrückt, während er nach drei Tagen wieder ausbricht. Haben Sie an der Verwaltung zu kritisiren, dann thun Sie es, wenn die Verhältnisse etwas ruhiger geworden sind; die Zeit wird nicht mehr fern sein. Die Zahl der Arbeitenden nimmt täglich zu, heute arbeiten schon 16 000 Bergleute. Durch die ruhige Haltung der Verwaltung ist den Leuten die Vernunft zurückgekehrt. Ich bin der Meinung, daß der Ausstand bald beendigt sein wird. Diejenige Belegschaft, welche überhaupt die Aussicht hat, dauernd auf den Gruben beschäftigt zu werden, wird bald vollständig wieder in Thätigkeit sein. Jedenfalls wird der Streik nicht beendet werden mit dem Nachgeben der Verwaltung.

Abg. **v. Pfetten** (Z): Ein Nothstand, der außerordentliche Mittel nothwendig machte, ist allerdings nicht vorhanden, aber eine allgemeine Nothlage macht sich bemerkbar, namentlich in den Kreisen der kleinen Landwirthe und des kleinen Gewerbestandes. Die Ursachen desselben liegen in den manchesterlichen Tendenzen der Gesetzgebung; die Reformgesetzgebung geht viel zu langsam. Die Einzelausführungen des Redners sind nicht verständlich. Er vertheidigt das Zentrum gegen den Vorwurf, daß es die indirekten Steuern vermehre. Im Reiche gebe es eben keine anderen Steuern als indirekte, und das Zentrum wünscht, daß keine erhebliche Steigerung derselben stattfinde.

Um 5½ Uhr wird die weitere Besprechung der Interpellation auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 12. Januar 1893. 12 Uhr.

Am Ministertisch: Miquel, Bosse, v. Schelling.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme von Vorlagen der königlichen Staatsregierung.

Das Wort nimmt

Finanzminister **Miquel**: Hochverehrte Herren! Ich habe die Ehre, dem Hause zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen: Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalts-Etat des Jahres 1889/90, die Uebersicht von Staatseinnahmen und -Ausgaben des Jahres 1891/92, den Gesetzentwurf, betr. die Deckung der Ausgaben des Rechnungsjahres 1891/92, und endlich die Gesetzentwürfe, betr. die Feststellung des Staatshaushalts-Etats vom 1. April 1893 bis dahin 1894, und betr. die Ergänzung der Einnahmen in diesem Etat, auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 5. Januar 1893. Der Etat für das Jahr 1893/94 schließt ab in Einnahme mit 1 835 497 460 M; in Ausgabe, und zwar im Ordinarium mit 1 844 803 255 M., im Extraordinarium mit 49 294 205 M., zusammen mit 1 894 097 460 Mark, so daß ein Fehlbetrag von 58 600 000 M. zu decken sein würde. Wir haben die extraordinäre Schuldentilgung im Betrage von 20 Millionen beibehalten, weil wir von der Ueberzeugung ausgehen, daß die Schuldentilgung dauernder Natur sein soll, und weil wir hoffen, daß die jetzige ungünstige Lage des Staatshaushalts sich im Laufe der Zeit wieder beheben wird. Wir haben außerdem noch den in unsern Händen befindlichen Fonds aus der Einkommensteuer heranziehen können. Dieses unerfreuliche Ergebniß, wo wir zum ersten Male nach längeren Jahren wieder genöthigt sind, den Etat durch eine Anleihe zu ergänzen, darf uns doch nicht abschrecken und uns mit einer zu großen pessimistischen Anschauung in bezug auf die Lage der Staatsfinanzen erfüllen. Wir müssen uns ein für alle Mal darüber klar sein, daß, nachdem die Betriebsverwaltungen namentlich nach Verstaatlichung der Eisenbahnen eine so bedeutende Stellung in unserem ganzen Finanzwesen eingenommen haben, man sich auf derartige Schwankungen in bezug auf das Gesammtergebniß der Finanzverwaltung wird gefaßt machen müssen. Der Etat, wie er vorgelegt ist, ist ein Spiegelbild der allgemeinen Lage der gewerblichen Entwickelung in den letzten Jahren, und er ist auch besonders beeinflußt durch zweifellos vorübergehende Verhältnisse. Die Eisenbahn-Verwaltung allein tritt mit einem Mindererertrag von 29 029 180 M. auf, die Bergwerksverwaltung mit einem Minderüberschuß von 3 294 206 M. Die Ueberweisungen vom Reich namentlich im Verhältniß der Anforderungen des Reichs zeigen einen starken Rückgang. Die Umlagen, welche wir dem Reiche zu leisten haben, betragen allein 23 074 491 M. mehr als im vorigen Jahre. Dagegen kommt in Betracht die Mehrausgabe für die öffentlichen Schulden im Betrag von 7½ Millionen Mark, in welchen allerdings eine extraordinäre Schuldentilgung von 1 200 000 M. steckt. Die Pensionen sind um 1 Million und die Wittwen- und Waisengelder um 2 Millionen gestiegen. Die Ausgaben für den Schuldenetat sind gewachsen um 2 Millionen. Daraus ergiebt sich naturgemäß, daß es uns in diesem Jahre trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, die Staatsfinanzen zu balanciren durch die eigenen Einnahmen, und daß wir extraordinäre Mittel in dieser Beziehung zu Hilfe nehmen mußten. Wenn wir auf die früheren Jahre zurückblicken, so sehen wir namentlich beim Etat der Eisenbahnverwaltung, dessen Ergebnisse ja ganz entscheidend sind für unsere ganze Finanzlage, auch in der Vergangenheit ein außerordentlich starkes Schwanken der Netto-Einnahmen. Darunter verstehe ich diejenigen Einnahmen, welche sich ergeben nach Abzug der eigenen Ausgaben der Eisenbahn-Verwaltung von den Brutto-Einnahmen. Wir sehen Schwankungen in einzelnen Jahren im Betrage von 50 Millionen. Die Netto-Einnahmen der Eisenbahnen sind im Steigen geblieben von 1880 an bis zum Jahre 1886/87. Von da an sind sie in einem, wenn auch nicht sehr bedeutenden, so doch immerhin erheblichen Rückgang gewesen. Im Jahre 1889/90 betrugen die Netto-Einnahmen der Eisenbahnen 825 Millionen, sie fielen dann im folgenden Jahre auf 806 Millionen und 1890/91 auf 811 Millionen. Aus dieser Thatsache wird man wohl die tröstliche Ueberzeugung herleiten können, daß bei einem Wiederaufblühen der allgemeinen gewerblichen und industriellen Verhältnisse auch die Einnahmen der Eisenbahnen wieder eine steigende Richtung annehmen werden in einem Betrage, der dem jetzigen Defizit entspricht. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, daß in der Zwischenzeit auch die Ausgaben der Eisenbahnen steigen werden, und daß das Verhältniß der Ausgaben zu den Einnahmen ein ungünstiges geworden ist. Wir werden erwarten müssen, daß es der Eisenbahnverwaltung gelingt, durch ein entschlossenes Vorgehen auf diesem Gebiete auch die Ausgaben möglichst zu vermindern und nach dem Grundsatz zu verfahren, mit wenigem möglichst viel zu leisten. Das Jahr schließt mit einem Defizit von 42 883 000 M. ab, welches sich noch erhöhen wird auf 44 972 000 M. In diesem Jahre hat die Eisenbahnverwaltung dem Etat einen Minderüberschuß von 59 306 000 M. gebracht und wenn das Defizit trotzdem nur die angegebene Summe beträgt, so beruht das darauf, daß andere Verwaltungen, insbesondere die Forstverwaltung, 3 338 000 M., die Verwaltung der direkten Steuern 3 383 000 M., die der indirekten Steuern 3 759 000 M., die Lotterieverwaltung 60 000 M., die Bergwerksverwaltung fast 2 000 000 M. über den Etat hinaus gebracht haben, während die Domänenverwaltung etwa 300 000 M. weniger gebracht hat. Bei den Zuschußverwaltungen erfordert das Finanzministerium weniger 1 660 000 M., die Justizverwaltung 1 667 000 M., dagegen erfordert das Landwirthschaftliche Ministerium 780 000 M. mehr. Die Etats der einmaligen außerordentlichen Ausgaben erforderten einen Minderbetrag von 1 334 000 M., die extraordinäre Verwaltung im Ganzen eine Ausgabe von 2 396 000 M. Das beruht theilweise auf nicht aufschiebbaren Ankäufen in der Bergwerks-Verwaltung und zum größten Theil auf Ueberschreitungen der Eisenbahn- und Bauverwaltung. Allein für das Institut für die Infektionskrankheiten ergaben die Baukosten eine Mehrausgabe von 498 000 M. Wenn man nun fragt, wie wird sich das laufende Etatsjahr gestalten, so wird wohl mit Bestimmtheit angenommen werden können, daß der Fehlbetrag gegen die Etatisirung aller Wahrscheinlichkeit nach wenigstens den Betrag des Jahres 1891/92 ausmacht. Wir rechnen, indem ich diese Schätzungen mit allem Vorbehalt gebe, in einer Zeit, wo wir noch vier Monate vor Schluß des Etatsjahres stehen, bei den Domainen einen Minderüberschuß von 100 000 Mark, bei den Forsten einen Mehrüberschuß von 1 500 000 Mark. Bei den indirekten Steuern wird ein Minderüberschuß von 1 Million ins Auge zu fassen sein und zwar namentlich bei der Spempelverwaltung. Bei der Bergwerks-Verwaltung nach den bisherigen Ergebnissen, die möglicherweise durch die gegenwärtigen Verhältnisse noch verschlimmert werden können, wird ein Mindestüberschuß von 5 580 000 M. ins Auge zu fassen sein und bei der Eisenbahn-Verwaltung endlich ein Ausfall an veranschlagten Netto-Einnahmen von 61 000 000. Wir nehmen an, daß die Mindereinnahmen etwa 64 000 000 betragen können. Denselben stehen aber auch Minderausgaben gegenüber, wobei diejenigen Minderausgaben, die auf das nächste Jahr zu übertragen sind, welche also nur eine Verschiebung bedeuten, im Betrage von 11 000 000 Mark nicht in Rechnung gezogen sind. Bei der öffentlichen Schuld wird eine Mehrausgabe von 1 000 000 entstehen, und der Landtag wird eine Mehrausgabe von etwa 1 000 000 M. erfordern, da bei der Veranschlagung des Etats in der Regel nur eine Tagung von vier Monaten gerechnet wird. Die Antheile an den Beträgen der Zölle und der Tabaksteuer werden sich um fast 11 000 000 M. höher stellen, als veranschlagt ist, während die Antheile an den Beträgen der Branntweinsteuer 1 800 000 M. und die Antheile an den Beträgen der Reichs-Stempelsteuer 24 000 M. niedriger sein werden; endlich werden sich die Ueberweisungen an die kommunalen Verbände um 9 400 000 M. gegen den Etat niedriger gestalten. Die Justizverwaltung wird abschließen um 500 000 M. und bei der geistlichen Verwaltung werden etwa 1 000 000 M. erspart werden. Wir werden also zweifellos auf einen nicht unerheblichen Fehlbetrag auch im laufenden Jahre uns gefaßt machen müssen. Dabei ist allerdings, was die Eisenbahnverwaltung betrifft, zu beachten, daß diese Einnahmen nicht nur durch die Lage der wirthschaftlichen Verhältnisse, sondern insbesondere durch die Cholera-Epidemie eine bedeutende Einbuße erlitten haben. Wir wollen wenigstens hoffen, daß wir von dieser Kalamität im nächsten Jahre verschont bleiben, und dann werden schon aus diesem Grunde die Einnahmen der Eisenbahn-Verwaltung sich erhöhen. Wir dürfen nach verschiedenen Anzeichen im wirthschaftlichen Leben hoffen, daß wir den schlimmsten Punkt in unserem industriellen Rückgang erreicht haben, und daß wir in dieser Beziehung einem Wiederaufleben aller Wahrscheinlichkeit nach entgegengehen. Wenn ich noch auf die einzelnen Etats eingehe, so werden die im Ordinarium bestimmten Einnahmen gegen das Vorjahr 50 000 000 M. niedriger, die Ausgaben um 40½ Millionen rund höher veranschlagt werden müssen. Die außerordentlichen Ausgaben sind um 2½ Millionen höher veranschlagt als im Vorjahre. Im Ordinarium sind neben den einzelnen Einnahmen, in welchen diese Verluste hauptsächlich stecken, höher veranschlagt die direkten Steuern mit 4 459 000 M., die Lotterieverwaltung mit 890 000 M. Sie werden im Etat der Lotterieverwaltung einen Antrag finden, die Zahl der Lotterieloose um 30 000 zu vermehren. Man kann diese Frage nicht vom Standpunkte der öffentlichen Moral betrachten, sondern muß beachten, daß die ganze Verwaltung eine solidere, weniger bedenkliche ist, wenn sie übergeht in die Hände des Staates. Allerdings sind hier auch finanzielle Gesichtspunkte in Frage gekommen, doch das waren nebensächliche Rücksichten; hauptsächlich waren jene oben angeführten Gesichtspunkte entscheidend. Auch bei der Bergwerksverwaltung müssen die Etatsansätze erheblich reduzirt werden, ebenso bei der Seehandlung und der Domänenverwaltung. Die bisher bei der Domänen- und Forstverwaltung veranschlagten Verwaltungskosten im Betrage von 452 000 M. sind in diesem Etat auf die allgemeine landwirthschaftliche Verwaltung übertragen. Bei den Dotationen und der allgemeinen Finanzverwaltung ist ein Mehrerforderniß von 24 322 000 M. in Anschlag gekommen, davon bei der öffentlichen Schuld ein solches von 6 431 000 M., außerdem sind die Ausgaben für die außerordentliche Schuldentilgung um 1 200 000 M. gestiegen. Die allgemeine Finanzverwaltung hatte ein Mehrerforderniß von 16 786 000 M. Die Ueberweisungen an die Kreise sind um 7 400 000 M. niedriger veranschlagt als im vorigen Jahr. Wenn ich erwäge, wie sich die Einnahmen aus den Getreide- und Viehzöllen in den letzten Monaten gestellt haben, so nehme ich an, daß wahrscheinlich dieser durchlaufende Posten sowohl im Aktivum als im Passivum sich für den Staat erheblich niedriger stellen wird. In den letzten Monaten bis einschließlich August haben wir auf Grund der Mißernte von 1890/91 noch sehr erhebliche Importe gehabt, die dann auf Grund der guten Ernte in den späteren Monaten sich fast um 50 pCt. plötzlich erniedrigten. Es wird sich in der Berathung der Budgetkommission ergeben, daß die bei der Steuerreform berechneten 24 Millionen als dauernde Durchschnittseinnahme aus den Ueberweisungen in keiner Weise zu niedrig gegriffen sind. Die Staatsverwaltungen weisen eine Mehreinnahme von 9 683 000 M., eine Mehrausgabe von 15 347 000 M. auf. Die Mehreinnahmen resultiren hauptsächlich aus dem Polizeilasten-Gesetz, dagegen ist u. a. eine Mehrausgabe für die Polizeiverwaltung bei dem Polizeipräsidium in Berlin von 3 027 000 M., in den Provinzen von 2 320 000 M. erforderlich. Bei der Justizverwaltung ist eine Mehreinnahme von 2 375 000 M. veranschlagt, eine Mehrausgabe von 3 060 000 M. An neuen Stellen sind in den Etat aufgenommen bei den Ober-Landesgerichten ein Senatspräsident, 9 Räthe, eine Anzahl von Gerichts-

schreibern, Gehilfen und Kanzlisten, bei den Land- und Amtsgerichten 11 Direktoren, 66 Richter und eine sehr erhebliche Anzahl von Bureau- und Kanzleibeamten. Trotz der Bedrängniß der Finanzen haben wir doch geglaubt, dem Bedürfniß der Justizverwaltung nach Vermehrung der etatsmäßigen Richter schon in diesem Jahre so weit als irgend möglich war, entgegenzukommen. Aller Wahrscheinlichkeit werden wir in den nächsten Jahren hier noch eine weitere Vermehrung eintreten lassen müssen. Das Finanzministerium verlangt eine Mehrausgabe von insgesammt 2 578 000 M., das Handelsministerium von 165 000 M. Die Steigerung der Ausgaben im Handelsministerium ist hauptsächlich eine Folge der weiteren Durchführung der Gewerbe-Inspektion und der Einrichtung der Bergwerks-Schiedsgerichte. Die landwirthschaftliche Verwaltung weist ein Mehrerforderniß von 135 900 M. auf, wobei allerdings die bezeichneten Uebertragungen aus der Domänen-Verwaltung mit in Betracht kommen. Die General-Kommissionen erfordern eine Mehrausgabe von 170 000 Mark. Dieselben haben einen ganz neuen, sehr unbedeutenden und stetig wachsenden Verwaltungszweig überkommen, nämlich die Thätigkeit bei der Bildung von Rentengütern. Das betreffende Gesetz hat eine überraschend große Wirkung gehabt, und es wird noch eine erhebliche Steigerung derselben eintreten. Bis zum 1. März 1892 hatten die Generalkommissionen bei der Bildung von Rentengütern einen Grundbesitz im Betrage von 120 000 Hektar herangezogen, und es hat sich ergeben, daß wir in den meisten Landestheilen nicht blos ein sehr bedeutendes Angebot von Grundstücken behufs Bildung von Rentengütern, sondern auch eine bedeutende Nachfrage haben, ja, noch mehr, daß ein großer Theil derjenigen, welche solche Rentengüter erwerben wollten, mit ziemlich erheblichen Kapitalien in diese Unternehmung eintrat und in der Lage war, wenigstens den größten Theil der Gebäudelasten zu tragen. Der Rückgang der industriellen Verhältnisse in den westlichen Provinzen hat zu einer theilweisen Rückströmung der Arbeiter von dort geführt, und diese Arbeiter sind zum erheblichen Theil mit nicht unbedeutenden Ersparnissen in ihre Heimath zurückgekehrt. Nachdem sie sich von der Unsicherheit ihrer Lebensverhältnisse in den Industriebezirken überzeugt haben, ziehen sie es vor, die sichere, wenn auch weniger ertragreiche Landwirthschaft zu treiben und Rentengüter zu erwerben. Wir wollen hoffen, daß diese segensreiche Entwickelung vorwärts geht. Ich glaube, daß das Gesetz sich in jeder Weise bewährt hat. (Zustimmung rechts.) Der Fonds zum Ankauf von Forstgrundstücken ist unverändert in der Höhe von 1 Million Mark erhalten, jedoch soll sich derselbe nach einer Vereinbarung des Finanzministers und des landwirthschaftlichen Ministers um die Einnahmen aus der Veräußerung von Domänen- und Forstbesitz in den westlichen Landestheilen erhöhen, welche den Betrag von 800 000 M. übersteigen. (Bei all rechts.) Das Kultusministerium hat einen Mehrbedarf von 2 437 000 M. für die höheren Lehranstalten, die Elementarschulen und den Schulbaufonds. Von dem Gesammtbetrag von 1 500 000 M. für die Aufhebung der Stolgebühren ist erst die Hälfte eingestellt, da das bezügliche Gesetz erst am 1. Oktober in Kraft tritt. Für die Aufhebung der Stolgebühren der katholischen Kirche ist eine Einigung mit den kirchlichen Oberen noch nicht erzielt, dieselben waren einer solchen vielmehr bisher abgeneigt. Die Verhandlungen sind aber noch in der Schwebe, und eine Summe dafür konnte noch nicht in den Etat eingestellt werden. Das Bild dieser Zahlen in ihrer Gesammtbedeutung ist unzweifelhaft durchaus nicht erfreulich. Die wesentlichen Gründe des Rückganges unserer Finanzen sind jedoch vorübergehender Natur; aber auch Gründe dauernder Natur nehmen unsere volle Aufmerksamkeit in Anspruch, nicht nur bei der Finanzverwaltung, sondern auch bei der Landesvertretung. Ich wünsche, daß diese Anschauung sich nicht nur in der Landesvertretung und den Organen der Verwaltung festsetzt, sondern auch im ganzen Lande Zustimmung findet. Wir haben in den Vorjahren, namentlich bis 1890, unseren Ausgabe-Etat in zu starkem Verhältniß zu den sicheren festen Einnahmen gesteigert. Die Konsequenz bilden der gegenwärtige Etat und die Rechnungsabschlüsse der Jahre 1890/91 und 1891/92. Die erste Voraussetzung einer dauernden Heilung ist eine völlige Klarheit der Anschauung über die dauernde Lage der preußischen Finanzen. Jede Schönfärberei, wie jede übertrieben pessimistische Anschauung sind vom Uebel, wir müssen den Dingen nüchtern und klar ins Gesicht sehen. Nicht nur die Betriebsverwaltungen in ihren sehr bedeutenden Rückgängen, sondern namentlich auch die Verhältnisse zum Reich wirken sehr erheblich mit, die schwierige Finanzlage hervorzurufen. Die schwankenden Ueberschüsse der Betriebsverwaltungen und die schwankenden Ueberweisungen des Reiches an die Einzelstaaten bringen bei jeder plötzlichen Vermehrung der Einnahmen immer die Gefahr mit sich, daß man dieselben für dauernd ansieht und dauernde Ausgaben darauf gründet. (Abg. Rickert: Haben wir ja schon immer gesagt!) So oft man dagegen predigt, das ist doch ein Zug der Zeit, der stärker ist, als alle Grundsätze. Die Finanzverwaltung muß in Zukunft planmäßig handeln auf Grund einer festen Anschauung über die dauernden Finanzverhältnisse des Staats. Sie muß dabei die Unterstützung der Landesvertretung dahin finden, daß das fortwährende Drängen auf Vermehrung der Ausgaben, welches aus der Landesvertretung hervorgegangen ist (Sehr richtig! Heiterkeit), endlich aufhört, und daß wir zu den alten richtigen Grundsätzen der Landesvertretung zurückkehren, welche ihre Aufgabe hauptsächlich in der Kritik der Ausgaben, aber nicht in einer Vermehrung derselben sieht. Weiter: wenn auch die Landesvertretung danach verfährt, so werden auch die einzelnen Ressortverwaltungen in demselben Geiste handeln, daß oben und unten, im Kleinen und Großen die alte preußische Tradition festgehalten wird, daß man jede Ausgabe sich erst gründlich ansieht, ob sie nothwendig ist oder nicht. (Abg. Richter: Das Militär!) Nothwendige Ausgaben, wie z. B. die für die Landesvertheidigung, werden wir gewiß nicht ablehnen. Die erste Bedingung der Existenz ist die Existenz selbst und Unabhängigkeit und Wahrung der Ehre. Ausgabesteigerungen sind nach Kräften vermieden. Wo nicht rechtliche Verpflichtung oder frühere Beschlüsse unmittelbar zu Ausgaben drängten, haben wir solche thunlichst zu vermeiden gesucht. Wir haben zu unserem schmerzlichen Bedauern auch auf die Fortführung der Aufbesserung der Beamtengehälter verzichten müssen, haben aber für die Beamten gethan, was innerhalb der Finanzlage geschehen konnte, haben daher die im vorigen Jahre begonnene Einführung des Altersstufen-Systems nunmehr auch auf die mittleren und Kanzleibeamten und denen gleichstehenden Beamten ausgedehnt. Während das System jetzt für 49 123 mittlere und 2909 Kanzleibeamte eingeführt ist, wird die Neuregelung sich auf weitere 18 478 mittlere und 1823 Kanzleibeamte erstrecken. Irgend ein Vortheil ist dabei für die Finanzverwaltung weder erstrebt noch erreicht. Die Behauptung der Presse, daß der Finanzminister dabei ein Geschäft von 2 Millionen zu Lasten der Beamten mache, ist frivole Unwahrheit. Allerdings wirkt die erste Einführung der Dienstalterszulagen auf die Beamten in verschiedenen Kategorien und in den verschiedenen bisherigen Gehaltsgemeinschaften verschieden. In manchen war schon glücklicher Weise ein rasches Aufsteigen vorhanden, und es kann eine Verminderung in der Aussicht darauf eintreten, aber im großen Ganzen entspricht diese Maßregel dem dringenden Wunsch der ganzen Beamtenschaft, abgesehen von einzelnen persönlichen Wünschen. Die dauernd beschäftigten Diätarien haben bisher zu lange auf die etatsmäßige Anstellung und damit auf die Beruhigung, die ein dauernd beschäftigter Beamter erwarten kann, warten müssen. Um so mehr, als wir für die arbeitenden Klassen die Invaliditäts- und Altersversorgung eingeführt haben, müssen wir den Diätarien die Beruhigung geben, bei Dienstunfähigkeit eine Pension, beim Ableben eine Fürsorge für Wittwen und Waisen zu haben. Die Regierung schlägt Ihnen daher vor, die Stellen der Subalternbeamten um 3253 die der Kanzleibeamten um 268 zu vermehren, so daß in fast allen Verwaltungszweigen die Diätarien nach vierjähriger Dienstzeit zur definitiven Anstellung gelangen. Wir wollen dieses System demnächst auch auf die höheren Beamten ausdehnen. Wir haben keinen Grund, vor den höheren Beamten in dieser Beziehung stehen zu bleiben. Eine Reihe von deutschen Staaten hat dasselbe System auch für die höheren Beamten. Ich hoffe, daß Sie den Etat von denselben Gesichtspunkten ansehen, wie die Regierung. Können Sie noch unnöthige Ausgaben darin finden, die ohne Gefährdung der Landeswohlfahrt gestrichen werden können, so werden Sie mich zu einer geneigten Erwägung immer bereit finden. (Heiterkeit.) Sie werden sich aber bei näherer Betrachtung überzeugen, daß wir Ausgaben für Landesmeliorationen, die nicht ohne wirthschaftliche Schäden vermindert werden können, keineswegs vermindert haben. Wir glauben, daß gerade der Staat zur Zeit, wo im ganzen Lande die industrielle und gewerbliche Entwicklung in Stillstand gekommen ist, seinerseits diesen Zustand nicht noch verschlimmern darf, daß er vielmehr diese Gelegenheit an manchen Stellen benutzen kann, um Ausgaben, die man in den nächsten Jahren doch machen müßte, auf dieses Jahr zu verlegen, da man dem Volke damit eine Wohlthat erweist und die betreffenden Arbeiten auch billiger als später machen kann. (Beifall.)

Damit ist der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Auf Antrag des Abg. **Stengel** (fl.) wird darauf an Stelle des verstorbenen Abg. v. Meyer-Arnswalde der Abg. v. Manteuffel zum Mitgliede der statistischen Zentralkommission gewählt.

Die Vorlage, betreffend die Aufhebung der Stolgebühren im Bezirke des Konsistoriums Cassel wird in dritter Berathung endgiltig und darauf noch die Vorlage, betreffend den Vorsitz im Kirchenvorstande der katholischen Kirchengemeinden in dem Geltungsbereiche des rheinischen Rechts, in zweiter Berathung genehmigt.

Schluß 1½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Dritte Berathung des heute in zweiter Berathung erledigten Gesetzes und erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aenderung des Wahlverfahrens.)

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungskommission beschloß in ihrer gestrigen ersten Sitzung nach den Ferien, die Wahl des Abgeordneten von Reden (9. Hannover) für ungiltig zu erklären. Der Beschluß wurde mit 5 gegen 4 Stimmen gefaßt. Die Majorität erblickte in dem seinerzeit viel erörterten Flugblatte des Ober-Bergraths von Dodden, in dem dieser die Bergarbeiter in ganz unqualifizirbarer Weise bedrohte, wenn sie von Reden nicht wählten, eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 12. Januar. Nachmittags 5 Uhr.

Vor Beginn der Sitzung erfolgt die Konstituirung der Abtheilungen und die Wahl der Ausschüsse durch dieselben, soweit die Ernennung der Ausschüsse nicht dem Vorstande überlassen worden ist, und hiernach die Konstituirung der Ausschüsse.

Die Sitzung beginnt erst nach 6¼ Uhr.

Dem Ausschusse für den Antrag Borgmann wegen des Nothstandes der Arbeiter gehören die Stadtvv. **Meyner** und **Singer** an. U. a. sind ferner in den Ausschuß für das mit Charlottenburg zu treffende Abkommen Stadtv. **Singer**, in denjenigen für die Aenderung des Regulativs für die Gemeinde-Krankenversicherung Stadtv. **Henke**, in die Ausschüsse betr. die höhere Mädchenschule in Moabit Stadtv. **Vogtherr** gewählt.

Stadtv. **Franke** hat wegen Krankheit das Mandat niedergelegt.

Zum dritten Beisitzer-Stellvertreter wird Stadv. **Hanke** durch Zuruf gewählt. Ebenfalls durch Zuruf wählt die Versammlung in den Rechnungsausschuß den Stadtv. **Vogtherr**, in das Kuratorium der Friedrich-Werder'schen Ober-Realschule den Stadtv. **Hammerstein**.

Zur Kenntnißnahme und Beschlußfassung legt der Magistrat das Reglement für die Anstalt Wuhlgarten wegen der Aufnahme, Behandlung und Entlassung Epileptischer und über die Höhe der zu erstattenden Kosten vor. Die Kostensätze sollen für die Zeit von Eröffnung der Anstalt bis 31. März 1896 festgesetzt werden auf 2 M. für den Tag voller Anstaltsverpflegung, auf 0,45 M. als Zuschlag bei Außenpflege, auf 1 M. an allgemeinen Verwaltungskosten.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Bezüglich der Anfrage der Stadtv. **Langerhans** und Genossen wegen der Vorarbeiten zur Einführung des **Systems der Alterszulagen** an sämmtliche Beamte der Kommune benachrichtigt der Magistrat die Versammlung unterm 4. d. M., daß gegenwärtig eine Magistratskommission mit der erneuten Vorprüfung dieser schwierigen Frage beschäftigt ist.

Die Stadtvv. **Ramslau** und **Spinola** beantragen, hiervon mit dem Wunsche Kenntniß zu nehmen, daß eine bezügliche Vorlage des Magistrats mit möglichster Beschleunigung an die Versammlung gelangt.

Die **Antragsteller** heben hervor, daß die Uebereinstimmung über die Vorzüge des Alterszulagensystems in der Versammlung seit Jahren bestehe, der Magistrat aber doch gar zu langsam in der Sache prozedire. Das jetzige Stellensystem setze die Beamten allen möglichen Zufällen aus; auf denjenigen, der sie zufällig und unerwartet bekommt, wirkt sie in der Regel verderblich. (Große Heiterkeit.) Seit der Staat mit diesem System vorangegangen, sei es Pflicht der Gerechtigkeit, auch von Stadt wegen damit nachzukommen, trotz möglicher finanzieller Bedenken. Es handle sich eben um die Festsetzung einer bestimmten Zahl von Jahren, innerhalb deren die sämmtlichen Alterszulagenstufen durchgemacht sind.

Oberbürgermeister **Zelle**: Ich muß zugeben, daß seit den Verhandlungen in der Etatsdeputation über die Frage der Alterszulagen von 1891 die Fortführung der Sache etwas lange gedauert hat. Es handelt sich allerdings darum, eine Reihe von Jahren festzusetzen, bis die höchste Stufe der Alterszulage erreicht ist. Nimmt man 30 Jahre, so werden viele unzufrieden werden, die bei der alten Art besser wegkommen. Nehmen Sie 25 Jahre, dann werden die höchsten Altersstufen erreicht bei 50 Jahren. Werden nicht, wenn wir nach einer solchen kürzeren Reihe von Jahren die Alterszulagen konzediren, unsere Nachkommen eine Last fühlen, die wir ihnen aufzuerlegen uns scheuen müssen? Wundern Sie sich daher nicht, daß diese Erwägungen und ihre finanzielle Tragweite uns so lange beschäftigen.

Stadtv. **Baillen**: Ich kann diese Schwierigkeiten nicht in vollem Maße anerkennen. Ich glaube nicht, daß viele unzufrieden werden, wenn die höchste Altersstufe mit 50 Jahren erreicht wird; viel größer ist der bestehende Uebelstand, daß keiner der städtischen Beamten weiß, wann und ob er überhaupt das Höchstgehalt seiner Charge erreichen wird. Die Stadt sollte ihren Ehrgeiz daransetzen, diese Reform durchzuführen, während der Staat noch immerfort mit Erwägungen wegen der Ausdehnung dieses Systems beschäftigt ist, namentlich im Hinblick darauf, daß die preußischen Beamten demnächst ihr Privilegium bezüglich der Kommunalbesteuerung verlieren.

Stadtv. **Singer**: Auch ich bitte den Magistrat, sich dem Prinzip der Altersdienstzulagen freundlich gegenüberzustellen. Gewiß wird die Aufrechnung große Schwierigkeiten machen, aber was allen Verwaltungen möglich ist, wird auch Berlin möglich sein, wird auch dem Berliner Magistrat gelingen. Die Strömung im Lande ist dem neuen Prinzip durchaus geneigt. Das Königreich Preußen ist vorangegangen, das Reich folgt jetzt nach. Die einzige große Verwaltung, deren Chef sich absolut nicht damit befreunden kann, ist die Reichspost- und Telegraphenverwaltung; ich glaube aber nicht, daß Oberbürgermeister und Magistrat Bundesgenossen des Herrn von Stephan sein werden, weil dessen Motive hoffentlich in der Stadtverwaltung nicht getheilt werden. Ich wünsche, daß die Beamten vor der Laune und Willkür der Vorgesetzten sicher gestellt werden, daß diejenigen Beamten, die in treuer Pflichterfüllung ihre Schuldigkeit thun, Anspruch darauf haben, in einer bestimmten Zeit in ein höheres Gehalt zu rücken, daß dieser Anspruch nicht von dem mehr oder minder vorhandenen Wohlwollen irgend welcher anderen Faktoren abhängig gemacht werden darf. Es kann doch nur der Gesichtspunkt maßgebend sein, ob er seinen dienstlichen Verpflichtungen nachkommt; die Möglichkeit, daß durch Bewilligung einer Zulage, die nicht auf Grund eines bestimmten Systems, sondern auf Vorschlag einer vorgesetzten Behörde erfolgt, Einflüsse auf den Beamten und sein Verhalten außerhalb seiner Dienststellung geübt werden können, muß beseitigt werden. Ich hoffe, der Magistrat wird dem System seine Zustimmung nicht versagen.

Der Antrag Ramslau wird darauf einstimmig angenommen.

Am 15. November v. J. hatten die Stadtvv. Dinse und Genossen angefragt, „ob und eventuell welche Anerbietungen wegen **Anlage elektrischer Untergrund- und Hochbahnen** dem Magistrat gemacht seien, und wie er sich zur Ausführung derselben stelle.“ Die Beantwortung der Anfrage ist auf die heutige Tagesordnung gesetzt worden.

Stadtv. **Dinse**: Wir haben die Anfrage an den Magistrat gerichtet, um endlich zu erfahren, wie der Magistrat sich zu den jetzt von allen Seiten erörterten Plänen bezüglich des Baues elektrischer Bahnen durch Berlin stellt. Daß wir Verkehrserleichterungen dieser Art neben den bestehenden Verkehrsmitteln in Berlin nöthig haben, ergeben die statistischen Zahlen. Die Große Pferdebahn-Gesellschaft beförderte 1890 über 121 Millionen Passagiere, sämmtliche Eisenbahnen Deutschlands nur das Dreifache dieser Zahl. Daneben waren schon 1888 von der Omnibusgesellschaft 22 Millionen befördert worden. Welchen Verkehr gewisse Straßenkreuzungen in der Leipziger Straße und Friedrichstraße aufweisen ist bekannt. Zunächst hat man nun an Untergrund-Bahnen gedacht; die Allgemeine Elektrizitäts Gesellschaft hat drei Projekte vorgelegt, darunter die Strecke Kreuzberg-Weddingplatz, die in ihrer ganzen Länge unter der Friedrichstraße angelegt werden soll. Diese Bahn soll 12 Haltestellen erhalten. Eine Ringbahn soll vom Potsdamer Bahnhof ungefähr im Zuge der jetzigen Pferderingbahn angelegt werden. In Aussicht genommen ist lediglich der Zehnpfennig-Tarif. Der Tunnelbau wird die Schwierigkeiten des Baugrundes überwinden; das Unternehmen erscheint also durchaus ausführbar, wird aber auch theuer sein und erfordert die bereitwillige Mitwirkung aller hierbei in Konkurrenz tretenden Faktoren. Hochbahnen sind bekanntlich von der Siemens'schen Firma geplant, ein ganzes Netz; die Entwürfe dafür sind fertiggestellt und werden jetzt nach dem Zustandekommen des Tertiärbahn-Gesetzes auch wohl bald genehmigt werden. Die Besorgniß, daß durch diese Bahnen die Häuser entwerthet würden, hat sich erfreulicher Weise in den betheiligten Hausbesitzer-Kreisen verloren. Ich wünsche, daß eine gemischte Deputation schleunigst eines der vorgelegten Projekte prüft, damit wir bei der Inkommunalisirung der Vororte gerüstet sind.

Stadtrath **Neubrink**: Die Anfrage befaßt sich nur mit den Projekten, welche Untergrund- und Hochbahnen betreffen. Eine große Menge von Anregungen liegt aber außerdem noch vor, welche sich auf Niveaubahnen beziehen. Der Antragsteller scheint es nicht für förderlich zu halten, wenn dergleichen Gefährte, wenn sie mit Elektrizität betrieben werden, in den Berliner Straßen verkehren, allerdings würde dann schließlich dieser Verkehr den übrigen Verkehr hindern. Was die Untergrund- und die Hochbahnen anbetrifft, so ist bei ihnen die Betriebskraft der Elektrizität gleichmäßig zu beurtheilen, d. h. sie ist vollkommen irrelevant. Die Elektrizität hat an sich für die Personen und Sachen keine Gefahr und kann dem Verkehr nicht schaden, daher kann man alle Bedenken, die aus dem Elektrizitätsbetriebe entspringen, fallen lassen. Bei den Projekten für Untergrundbahnen, die uns vorliegen, soll durchweg die Bahn nicht in festem Mauerwerk, sondern in sehr stark profilirten eisernen Röhren hergestellt werden. Der dadurch entstehende Tunnel soll in der Art hergerichtet werden, daß das Rohr in das Erdreich vorgeschoben, dann die Erdmasse entfernt werden, dann das Rohr wieder vorgeschoben werden soll u. s. w. Nicht blos die Beschaffenheit des Untergrundes von Berlin läßt gegen die Bauart Bedenken auftauchen. Um die eisernen Röhren in ihrer Konsistenz zu sichern, muß das Eisenrohr noch einen Mantel von irgend einem Konkret haben, welches das Eisen gegen den Zutritt von Feuchtigkeit und Luft, gegen Rost und Bruch sichert. Ob diese Schwierigkeit bewältigt werden kann, läßt sich nach Ansicht des Magistrats nicht durch theoretische Erörterungen, sondern nur durch einen praktischen Versuch ausmachen. Es braucht nur angedeutet zu werden, was es heißt, wenn nach dieser Richtung Fehler gemacht werden. Die Elektrizitätswerke, die mit anerkennenswerthem Muthe vorgegangen sind, haben sich zu diesem Versuche bereit erklärt. Sie sollen sich in der Nähe der städtischen Besitzungen in Treptow eine Stelle wählen, dort eintauchen, unter der Spree fortgehen und in Stralau wieder hervorkommen, damit man an diesem Muster eine Vorstellung bekommen kann, wie sich die Bahnanlage in Berlin praktisch etwa ermöglichen läßt. Von anderer Seite ist man an die Sache noch nicht ernstlich herangegangen; ein positiver Vorschlag ist amtlich dem Magistrat erst vor wenigen Tagen gemacht. Auch das Projekt der Elektrizitätswerke ist bereits die dritte Variante und wird noch nicht die letzte sein. Jedenfalls ist die Sache nicht so leicht und einfach, daß wir schon sagen könnten, die Technik ist so weit vorgeschritten, daß die Schwierigkeiten leicht bewältigt werden können. Untergrundbahnen sind ein Verkehrsmittel, welches nur nothgedrungen benutzt wird. Der Betrieb ist unsicher, wenig komfortabel, die Luft ist ewig dick und dumpf in dem Raum. Sollte die Technik aber den Beweis geliefert haben, daß es geht, dann wird der Magistrat diesen Unternehmungen entgegenkommen. Diejenigen Bahnen, welche nach Ansicht des Magistrats die Zukunft haben, sind die Hochbahnen. Ein hierhergehöriges Projekt ist schon weiter gediehen, als bei den Untergrundbahnen, das Projekt von Siemens u. Halske, eine Bahn von der Warschauer Brücke, die alte Ringmauer entlang u. s. w. bis zum Zoologischen Garten, mit zwei Abstechern nach dem Potsdamer und Anhalter Bahnhof. Ein anderes Projekt plant bei dem Potsdamer Bahnhofe einen Wechsel von Niveaubahn, Hoch- und Untergrundbahn. Die Angelegenheit ist so weit gediehen, daß sämmtliche interessirte Behörden in einer freien Kommission berathen haben, und es ist gelungen, in kurzer Zeit, d. h. in 1½—2 Jahren, wenigstens die Trace festzulegen. Es wird dann noch eine ganze Anzahl wirthschaftlicher Fragen entschieden werden müssen. Es wird dieser und jener kommen, der sein Grundstück in Gefahr sieht. In Newyork ist im Prinzip festgestellt, daß wenn die Bahn Schaden anrichtet, sie denselben vergüten muß. Aber bis jetzt ist noch niemand mit Schadenersatzansprüchen gekommen und hat den Beweis geliefert, daß die Bahn Schaden angerichtet hat.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Die speziellen Projekte zum Erweiterungsbau des Vorderhauses des **städtischen Obdachs** und zu den damit im Zusammenhang stehenden Bauarbeiten sind vorgelegt, der gesammte Kostenanschlag beziffert sich auf 742 000 M.

Die Vorlage wird ohne Debatte genehmigt, desgleichen die Vorlage betreffend den Umbau der oberen Freiarchenbrücke. Schluß gegen 8 Uhr.

Lokales.

Die Berliner Dienstmänner singen auch im neuen Jahr das alte Klagelied von der Schmälerung ihres ohnehin knappen Verdienstes durch die Bahnhofs-Gepäckträger. Sie empfinden es sehr schwer, wenn die Gepäckträger auf den Bahnhöfen das Gepäck der ankommenden Reisenden nach deren Wohnung oder nach den Hotels befördern und schließlich auch oftmals noch als Fremdenführer dienen. Dadurch entgehen den Dienstleuten ganz beträchtliche Einnahmen. Dieselben haben auch schon an den Eisenbahnminister Thielen petitionirt und um Abstellung dieses Uebelstandes gebeten, zumal sie glaubten, daß die angestellten Gepäckträger doch wohl von der Eisenbahnverwaltung auskömmlich besoldet würden, also auf Nebenbeschäftigungen nicht angewiesen wären. Diese Petition hat aber keinen Erfolg gehabt. Die Eisenbahn-Direktion Berlin hat vielmehr geantwortet, „daß eine Einschränkung oder ein Verbot der auf verschiedenen Berliner Bahnhöfen bestehenden Einrichtung, Reisegepäck durch die Gepäckträger auch nach den Wohnungen und Hotels bringen bezw. von dort abholen zu lassen, im öffentlichen Verkehrsinteresse nicht angängig erscheint. Die Behauptungen in der Beschwerde, daß von den Gepäckträgern den Reisenden oft abgerathen würde, einen Dienstmann anzunehmen, da die Gepäckträger den Transport billiger besorgten, und daß einzelne Gepäckträger mit Hotels in Verbindung ständen zu dem Zwecke, den Reisenden die Benutzung des betreffenden Hotels zu empfehlen, wofür sie eine Provision bis zu 10 pCt. bezögen, werden von den Gepäckträgern bestritten; auch sind derartige Fälle noch nicht zu unserer Kenntniß gelangt. Sofern dies nachgewiesen werden kann, stellen wir anheim, dem zuständigen königlichen Eisenbahn-Betriebsamt hiervon Anzeige zu machen."

Der letztere Hinweis ist ja ganz schön und gut, aber das „Nachweisen" hat seinen Haken. Weshalb, ist so leicht zu ergründen, daß wir uns hierbei nicht aufzuhalten brauchen. Nicht so recht einsehen aber können wir, wieso das öffentliche Verkehrsinteresse leiden sollte, wenn den Gepäckträgern untersagt würde, in Zukunft den Dienstleuten in der oben erwähnten Weise Konkurrenz zu machen. Den Reisenden kann es doch gleich bleiben, ob ihre Gepäckstücke durch Gepäckträger oder durch Dienstleute befördert werden. Beides sind durchaus zuverlässige Leute. Das Verkehrsinteresse wird bei der Sache wohl am allerwenigsten, dagegen das der Eisenbahndirektion am meisten in Frage kommen. Würden die Gepäckträger so bezahlt, daß sie auf Nebenverdienste nicht zu „reisen" brauchten, dann würden sie sich nicht zu Arbeiten drängen, die ganz außerhalb ihres Dienstes liegen. Wie in so vielen Fällen, so ist auch hier die „Sparsamkeit" der Bahnverwaltung die erste und treibende Kraft.

Ans Cöpenick wird uns das folgende, fast unglaubliche Ereigniß mitgetheilt: Am 12. Dezember v. J. fährt die 17jährige Martha P. aus Glienicke bei Cöpenick nach Berlin, um Weihnachtseinkäufe zu machen. Auf Station Johannisthal gesellt sich im Koupee ein von Ansehen anständiges Mädchen zu ihr. Die beiden jungen Mädchen theilen sich gegenseitig die Veranlassung mit, weshalb sie nach Berlin fahren, und es stellt sich schließlich im Laufe des Gesprächs heraus, daß das fremde Mädchen dieselbe Absicht hätte, wie die P. Jedoch die Martha P. sollte bitter getäuscht werden. In Berlin angelangt, begaben sich beide zunächst nach der Möckernstraße, um eine Tante der P. zu besuchen. Bevor sie jedoch dort anlangten, veranlaßte das fremde Mädchen die P., in der Wartenbergstraße zu warten, da erstere dort Einkäufe machen wollte. Nach einiger Zeit ruft sie die P. in den Laden und die Verkäuferin preist derselben Hemden an, während das andere Mädchen den Laden verläßt. Wie nun die P. die Hemden bezahlt, fordert die Verkäuferin auch die Waare bezahlt, welche das andere Mädchen gekauft habe. Diese habe sich als die Schwester der P. ausgegeben und gesagt, sie wolle Weihnachtsgeschenke für diese kaufen und ihre Schwester warte draußen, da sie die Geschenke nicht sehen solle; auch beabsichtige ihre Schwester noch Hemden zu kaufen und werde diese dann alles bezahlen. Selbstredend sträubte sich die P. und betheuerte ihre Unschuld, sie kenne das Mädchen weiter garnicht; die Verkäuferin war der Ansicht, sie habe es hier mit zwei Gaunerinnen zu thun, und ließ die P. verhaften. Auf der Polizeiwache wurde die P. nach Namen und Wohnung gefragt, und nachdem sie ohne nach irgend etwas weiter gefragt zu werden zwei Stunden gewartet hatte, wurde sie per grünen Wagen nach dem Alexanderplatz befördert. Dort verblieb sie die Nacht, dann ging's am andern Morgen in Gesellschaft verschiedener Halbweltsdamen nach Moabit. Bis jetzt war die P. nirgends verhört und wurde auch hier ohne Verhör in eine Zelle abgeschoben, worin sie bis zum 29. Dezember verblieb. Die P. bat nun verschiedene Mal doch vor den Untersuchungsrichter geführt zu werden, sie wurde jedoch von einem Tage zum anderen vertröstet. Auch bat sie schon am 14. Dezember um Schreibutensilien, um ihre Mutter über ihren Verbleib zu benachrichtigen, leider wurde ihr dies erst am ersten Weihnachts-Feiertag gewährt. Dieser Brief kam denn auch mit bekannter Schnelligkeit schon am 29. Dezember in Glienicke an. Die Mutter des Mädchens in Verzweiflung, wo ihre Tochter geblieben, hat durch die Polizei von Glienicke, Adlershof und Köpenick nach ihrer Tochter forschen lassen, jedoch trotz mehrmaliger Anfrage keine Auskunft bekommen können. Am 23. Dezember entschloß sie sich auf Anrathen von Bekannten, in Moabit nachzufragen. Sie bekam auch ihre Tochter einen Augenblick zu sehen, jedoch durfte sie nicht mit ihr sprechen. Am 29. Dezember wurde die P. dem Schöffengericht vorgeführt, und der Staatsanwalt beantragte nach Anhörung ihrer Erlebnisse, und nachdem die als Zeugin geladene Verkäuferin ihr Zeugniß abgegeben, die Freisprechung, worauf auch erkannt wurde. Auf die Frage des Staatsanwalts, ob sie denn diese Angaben dem Untersuchungsrichter nicht schon mitgetheilt habe, erklärte die P., daß sie bisher überhaupt noch gar nicht vernommen worden sei. Der Staatsanwalt wollte dies nicht glauben und meinte, sie hätte sofort am anderen Tage vernommen werden müsse und es könnte nur eine Nachlässigkeit der Beamten vorliegen. Die angestellten Erkundigungen ergaben die Richtigkeit der Angaben der P. Der Vorsitzende stellte noch die Frage, ob sie während der Haft etwas verdient hätte, und auf die Verneinung dieser Frage gab er ihr 3 M.

Wie ist es in einem Rechtsstaate möglich, daß jemand beinahe drei Wochen in Haft behalten werden kann, ohne ein einziges Mal verhört zu werden? — So fragt nämlich der Einsender; wir würden ihm gern eine Antwort geben, wenn wir nur eine wüßten.

„Moabiter Personal-Nachrichten." Der Koppelknecht Paul Schweinigel aus Weißensee i. E., welcher unter dem Verdacht stand, die Prostituirte Nitsche ermordet zu haben, und deshalb verhaftet wurde, ist bereits am Dienstag wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Er hat nicht allein sein Alibi nachgewiesen, sondern es ist auch festgestellt worden, daß er seiner damaligen Braut nur einen Ulk vorgemacht hat, den diese erst ernst nahm, als er mit ihr gebrochen hatte. Es war also wieder einmal nichts, und diejenigen Sachverständigen scheinen Recht zu behalten, welche von Anfang an behaupteten, daß nur ein medizinisch-akademisch gebildeter Mensch den Kunstschnitt an der Nitsche ausgeführt haben kann. —

Der Schriftsteller Dr. Bruno Mertelmeyer ist am Donnerstag Nachmittag gegen drei Uhr aus dem Moabiter Untersuchungsgefängniß entlassen worden, nachdem die verlangte Kaution von 10 000 Mark hinterlegt worden ist. —

Der Redakteur Dr. Berndt, welcher auf den Redakteur Meyer geschossen hat, wurde bereits am Mittwoch Vormittag in das Moabiter Untersuchungsgefängniß eingeliefert. Die Untersuchung führt Landgerichtsrath Baillieu.

Den Berliner Droschkenkutschern ist neuerdings wiederum in öffentlicher Gerichtssitzung zu nahe getreten worden und zwar in einer Strafsache, die am 4. d. M. vor hiesigem Schöffengericht verhandelt wurde. Es handelte sich um ein galantes Abenteuer während einer Droschkenfahrt und fungirte als Belastungszeuge u. A. auch der Fuhrherr S. Der Vertheidiger der wegen Diebstahls Angeklagten hob in seinem Plaidoyer hervor, daß die Droschkenkutscher zu der ungebildetsten Klasse gehören und daher dem Zeugen S. kein Glauben beizumessen sei. Das Organ des Vereins Berliner Droschkenkutscher ist dem Herrn Vertheidiger die Antwort auf diese seine Meinungsäußerung nicht schuldig geblieben und schreibt nach dem Grundsatze: Wie Du mir, so ich Dir: „Wir wissen nicht, ob der Herr Vertheidiger diejenige Bildung, welche der Besitz verleiht, oder die der Rechtschaffenheit und Wohlanständigkeit im Auge gehabt hat. Ist Ersteres der Fall, dann allerdings geben wir ihm Recht; trifft dagegen das Letztere zu, so lassen wir uns getrost auf einen Streit mit ihm ein und behaupten schon heute, daß die Droschkenkutscher mit jedem anderen Stande und auch mit demjenigen, welchem anzugehören der Vertheidiger sich sicherlich zur Ehre schätzt, in jeder Beziehung den Vergleich aushalten, nur mit dem Unterschiede, daß in dem Stande der Droschkenkutscher dieselbe nicht immer so gescheitelt, gestriegelt und aalglatt ist, wie in demjenigen des Herrn Vertheidigers." — Daß der Gerichtshof übrigens nicht der Ansicht des Herrn Vertheidigers war, beweist der Umstand, daß der Staatsanwalt ein Jahr Gefängniß beantragte und der Gerichtshof auf 6 Monate Gefängniß gegen die Angeklagte erkannte.

Das Verfahren gegen den Amtsdiener Lippert in Weißensee, welches auf schwere Körperverletzung zielte, ist soeben eingestellt worden. Lippert hat, wie seinerzeit mitgetheilt wurde, am 30. November v. J. den Zuhälter, früheren Schlächtergesellen Oskar Lubitz in der Wohnung der Protistuirten Barenski im Hause Gustav-Adolphstraße 150 mit dem Revolver erschossen, weil sich derselbe seiner Verhaftung widersetzte. Die gerichtlichen Ermittelungen haben ergeben, daß der Amtsdiener lediglich in der Nothwehr gehandelt hat.

Infolge unglücklicher Liebe hat sich schon wieder ein junger Mann das Leben genommen. In ein Hotel in der Invalidenstraße kehrte ein junger Mann ein, den angeblich Geschäftsangelegenheiten nach Berlin führten. Als man gestern Morgen um 9 Uhr noch kein Zeichen von ihm wahrgenommen hatte, auch das Zimmer auf wiederholtes Anfuchen nicht geöffnet wurde, drang man gewaltsam ein und fand den Gast als Leiche in seinem Bette liegend vor. Wie sich jetzt herausgestellt hat, handelt es sich um den 24 Jahre alten Juwelier Franz H., der aus Genthin stammt und sich aus Liebesgram wahrscheinlich durch den Genuß von Arsenik das Leben genommen hat.

Ein Mann ohne Hut trieb sich gestern Vormittag zwischen elf und zwölf Uhr in der Zimmer- und den benachbarten Straßen umher und hatte sich das allgemeine Mißfallen dadurch zugezogen, daß er jeder ihm begegnenden Person entweder eine Ohrfeige verabreichte oder einen Stoß in das Genick versetzte oder daß er sie vom Bürgersteige auf die Straße warf. Keiner hatte sich mit dem sonderbaren Mann eingelassen, bis er gegen zwölf Uhr, von einer Menschenmenge gefolgt, einem Postbeamten, der in der Thür des Hauses Zimmerstr. 27 stand, an den Kopf schlug, sodaß ihm die Mütze auf die Straße fiel. Dieser lief hinter dem Unbekannten her, der aber um sich schlug und erst mit Hilfe des Publikums überwältigt werden konnte. Da er sich zur Erde warf, trugen ihn vier Personen zunächst nach einem Hausflur der Charlottenstraße, von wo er nach dem 39. Polizeirevier übergeführt wurde. Hier ergab sich, daß es sich zweifellos um einen Irrsinnigen handelt, der auf alle an ihn gerichtete Fragen nur die Antwort hatte: „Ein höherer Geist hat mir eingegeben, die Menschen umzubringen." Die Persönlichkeit hat sich nicht gleich feststellen lassen. Der Kranke dürfte als gemeingefährlich der Charitee zugeführt werden.

Diebstahl. In der Zionskirchstraße vor dem Hause Nr. 41 ist am Donnerstag Morgen in der siebenten Stunde dem Fuhrwerksbesitzer Ernst Bierke ein zweispänniges Arbeitsfuhrwerk sammt Pferden (Schimmelstute und brauner Wallach) gestohlen worden. Der Wagen ist gezeichnet: „Ernst Bierke. 1250 Kilo." Die Decken der Pferde waren ebenso gezeichnet. Vor Ankauf wird gewarnt.

Die Arbeitslosen-Versammlung, welche zu gestern Mittag nach dem Saale der Schloßbrauerei zu Schöneberg einberufen war, ist seitens der Polizei verboten worden. — Den Genossen zur Nachricht, daß zu Freitag Mittag 2 Uhr eine Versammlung aller gewerkschaftlichen Arbeiter angemeldet ist. Versammlungsort ist ebenfalls die Schloßbrauerei.

Arbeiter-Sanitätskommission. Die Herren Galle, Eigenthümer des Hauses Rammlerstr. 20, erklären, daß die in Nr. 8, 2. Beilage des „Vorwärts" über ihr Grundstück gemachten Angaben sämmtlich unzutreffend und wahrscheinlich nur der Chikane eines Miethers entsprungen sind.

Polizeibericht. Am 11. d. M. Morgens fand in der Wohnung eines Offiziers, in der Voßstr. 18, eine Gasexplosion statt, bei der ein Mädchen bedeutende Brandwunden im Gesicht und an den Händen erlitt. — Abends wurde auf dem Flur des Hauses Yorkstr. 44 die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Im Laufe des Tages und in der darauf folgenden Nacht fanden sechs Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Eine Greisin, die ihr Alter auf 82 Jahre angab, schleppte sich gestern mühsam in den Gerichtssaal der 130. Abtheilung des Schöffengerichts. Sie sollte Zeugniß ablegen gegen ihre Enkelin, die 21jährige Nätherin Minna Schröder, von der sie aufs Empörendste mißhandelt sein sollte. Die Beweisaufnahme bestätigte den Inhalt der Anklage. Die Angeschuldigte hatte bei der Großmutter gewohnt, die Beaufsichtigung war ihr aber lästig und eines Tages packte sie ihre Sachen, um sich von der Großmutter zu trennen. Die Letztere machte ihr Vorhaltungen, worauf die Angeklagte dermaßen in Zorn gerieth, daß sie ein Stück Latte ergriff und damit die Greisin wiederholt über Kopf und Körper schlug. Sie rief dabei wiederholt, daß sie die alte Frau „kalt machen" wolle. Nachbaren machten den Mißhandlungen ein Ende. Der Gerichtshof fand sich nicht veranlaßt, der Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen, sondern verurtheilte sie zu einer Gefängnißstrafe von 2 Monaten 1 Woche.

Soziale Uebersicht.

An die Mitglieder der Ortskasse der Schuhmacher Berlins. In der letzten Generalversammlung hat sich bei der Delegirtenwahl gezeigt, daß auch die Schuhmacher anfangen, sich für das Wohl ihrer kranken Kollegen zu interessiren. Jetzt, wo wir wenigstens solche Delegirte gewählt haben, die gewillt sind, ihr Mandat gebührend auszuüben, müssen wir uns auch darüber klar werden, in wie weit wir Bestimmungen zu Gunsten der Mitglieder einführen können. Zu diesem Zwecke ist zum 16. Januar, Abends 8 Uhr, bei Bolh (früher Feuerstein), Alte Jakobstr. 75, eine Versammlung einberufen worden, in welcher Herr Dr. Zadek über „Das Wesen der Krankenkassen und die freie Aerztewahl" einen Vortrag halten wird. Es ist die Pflicht aller Kollegen, die Versammlung zu besuchen. Keiner darf fehlen. C. Lange.

An die Steinmetzen Deutschlands.

Kollegen! Wer aufmerksam die Berichte über den Streik der Bergarbeiter im Saar- und Ruhrrevier verfolgt hat, wird zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß der große Ausstand durchaus gerechtfertigt ist. Durch die Lohnabzüge, durch die harten Bestimmungen der neuen Arbeitsordnung, überhaupt durch die ganze ihnen in der letzten Zeit zu Theil gewordene Behandlung sind die Bergarbeiter geradezu in den Streik getrieben worden. Wenn irgendwie, so haben daher jetzt die Arbeiter Deutschlands die Pflicht, ihr Solidaritätsgefühl in kräftigster Weise zu bethätigen. Kollegen! Auch wir haben daher zu zeigen, daß die Solidarität für uns keine leere Phrase ist. Möge daher ein jeder von uns sein Scherflein zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter spenden und ebenfalls dafür agitiren, daß überall das Solidaritätsgefühl unsern kämpfenden Brüdern gegenüber geweckt werde. Schnelle Hilfe ist hier doppelt nöthig. Zur Uebermittelung von Geldern an die streikenden Bergarbeiter bin ich gerne bereit.

Mit kollegialischem Gruß
Ph. Thomas, Verbandsvorsitzender der Steinmetzen Deutschlands, Rixdorf-Berlin, Ziethenstr. 26.

Versammlungen.

In einer Steinmetzversammlung, über welche in Nr. 256 des „Vorwärts" vom vorigen Jahre berichtet wurde, ist ein Antrag angenommen worden, die dort zur Sprache gebrachten Angelegenheiten des Herrn Jeschky einer Platzvertreter-Sitzung zur Prüfung zu überweisen. In dieser Sitzung, die kürzlich stattgefunden hat, wurde folgendes festgestellt: Herr Jeschky, der nebenbei bemerkt früher zwei Jahre lang Verbandsvorsitzender war, hat in seiner Eigenschaft als Polier bei dem Steinmetzmeister Herrn Rodoeck im September vorigen Jahres einen Steinmetz Namens Feßler in Arbeit genommen. Nachträglich arbeitete Herr Feßler noch bei Herrn Plöger. Dort theilte er seinen Kollegen mit, daß er auf seiner vorigen Stelle nach einigen Wochen Feierabend gemacht hat, weil er dort nur 15 bis 18 Mark Lohn pro Woche, also unter dem Minimalsatz verdiente. Als dies in der Versammlung zur Sprache gebracht wurde, fand ein Antrag auf Untersuchung Annahme. Da Herr Feßler schon einige Tage nach Stattfinden der Versammlung abgereist war, zog sich die Angelegenheit in die Länge, bis dann schließlich die Platzvertretung dahin übereinkam, die Geschäftsbücher bei Herrn Rodoeck nach eingeholter Erlaubniß vom Vertrauensmann und noch einem Kollegen prüfen zu lassen. Diese Prüfung, zu welcher Herr Rodoek, sowie Herr Jeschky ihre Einwilligung ertheilten, ergab als Resultat, daß Herr Feßler in der ersten Arbeitswoche im Akkord 27 M. verdient hat. In der zweiten Woche erhielt er eine Abschlagszahlung von 18 M. und in der dritten den Betrag von 44,71 M. als verdienten Arbeitslohn ausbezahlt. Wie eine Nachrechnung ergeben wird, hat Herr Feßler mithin noch drei Mark über den hiesigen Minimallohn verdient. Die von Herrn Feßler derzeit gegebenen Darstellungen sind mithin unrichtig. Im Falle wieder solche Unwahrheiten von einem Mitgliede erdichtet werden, so hat dasselbe sämmtliche Kosten zu tragen, welche die Untersuchung rc. mit sich bringt, und sich im übrigen auf den Ausschluß aus dem Verband gefaßt zu machen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, E. H. Nr. 19 zu Hamburg, Filiale Berlin S. Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 14. d. M., Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Wille, Neue Hochstraße 20a. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahl eines Revisors. 3. Verschiedenes.

Geselliger Verein „Süd-Ost". Jeden Freitag Abend 9 Uhr im Lokal des Genossen Nachfall, Waldemarstr. 18.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Köln, 12. Januar. Wie die „Kölnische Zeitung" meldet, herrscht seit Beginn der Woche ein reger, vielfach sogar dringender Begehr nach Kohlen; es macht sich eine allgemeine Preissteigerung bemerkbar, welche sich auf 1 bis 1½ M. pro Tonne beziffert. — Die Zahl der Ausständigen auf den 31 vom Ausstand betroffenen Zechen des Ruhrgebiets beläuft sich insgesammt auf 20 656.

Essen a. d. Ruhr, 12. Januar. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" meldet über die Lage im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund, daß über 20 000 Mann sich im Ausstande befänden. Auf den meisten der von dem Streik betroffenen Zechen würde nur noch eine Schicht verfahren, da die Nachmittags- und die Morgenschicht zusammengelegt seien. Auf der Zeche „Louise Tiefbau" bei Dortmund sei die ganze Belegschaft im Ausstande; die Bergleute von Zeche „Neu-Iserlohn" der Harpener Gesellschaft seien heute Nachmittag in den Streik eingetreten.

Gelsenkirchen, 12. Januar. Gegen 200 Bergleute der Grube „Hibernia", welche drei Schichten gefeiert hatten, erhielten Nachmittags die Abkehr. Auf allen Zechen, auf denen seither gestreikt wurde, ist eine fortdauernde Zunahme der Anfahrenden bemerkbar.

Dortmund, 12. Januar. Die „Dortmunder Union" stellte laut Mittheilung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" den Betrieb ihres Bessemerwerkes und ihrer Räderfabrik wegen Kohlenmangels ein. Der Betrieb wird vorläufig bis Montag still stehen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Essen a. Ruhr, 12. Januar. Bis heute Abend streiken ca. 20 500. In dieser Zahl sind auch die Mittags- und die Nachtschicht der schon gestern Morgen Streikenden enthalten. Heute sind am Streik betheiligt: „Louise Tiefbau", „Nordstern", „Kaiser Friedrich", „Bickefeld" und „Dorstfeld". Eine Belegschaftsversammlung der noch nicht ausstehenden Zeche „Herkules" wurde aufgelöst und verlief resultatlos; verschiedene Redner sprachen unter Lärm gegen den Streik.

Die ausständigen Bergarbeiter des Saarreviers haben eine Petition an den Handelsminister gerichtet. In derselben bitten sie um Abänderung des Arbeitslohnes und der ihnen nicht gefallenden Bestimmungen der Arbeitsordnung, sowie um Anerkennung des Rechtsschutzvereins und Errichtung von Gewerbegerichten.

Briefkasten der Redaktion.

J. W., Berlin. Erklären Sie dem Postbeamten, daß Altenkessel im Regierungsbezirk Trier, Kreis Saarbrücken, liegt. Dann wird er sich nicht weigern können, Ihre Geldsendung für die Bergarbeiter anzunehmen.

H. S. Jeden Tag. Aussetzen lassen ohne Zahlung kann er nur mit Ihrer Genehmigung.

Briefkasten der Expedition.

Wir ersuchen den Herrn Kassirer des Lesekluds „Mehr Licht" um genaue Angabe seiner Adresse.

Für die Bergarbeiter gingen ferner ein: M. H. d. 0,50. Arbeiter der Werkstatt Krieger, Lützowstraße 14,—. Rauchklub Viktoria 3,—. Schriftsetzer bei Mosse 9,60. Durch die Streik-Kontrollkommission: Von der Geburtstagsfeier des Genossen Fr. Zubeil 11,00, von der Stockfabrik Kalinowsky durch Hildebrandt 6,—, von einer Arbeitgeber-Versammlung bei Joel am 10. Januar 1893 9,20, vom Verband der Hausdiener, Packer und Berufsgenossen 50,—; Summa 76,80.

Bereits quittirt 119,—. In Summa 222,90.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW. Beuthstraße 2.